Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 1. November 1930

34. Jahrgang — Nummer 44

Die neue Krisenfürsorge / Ausdehnung und Abbau

Das Problem der Versorgung aller jener Arbeitslosen, die einen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nicht mehr haben oder gar nicht erwerben konnten, ist in den letzten Monaten von Tag zu Tag dringender geworden. Das bewies einmal die unaufhörlich steigende Zahl der Krisenunterstützten, obwohl nur ein sehr beschränkter Kreis von Berufsgruppen zur Krisenunterstützung zugelassen war, das bewies auf der anderen Seite die Zahl der von den Gemeinden unterstützten sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen, die man zurzeit mit reichlich 500 000 wahrscheinlich noch zu niedrig schätzt. Als normaler Ausweg mußte ganz natürlich die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und die Einführung einer unbegrenzten Bezugsdauer vorgeschlagen werden, wenn man den doppelten Zweck erreichen wollte, den Arbeitslosen eine nicht nach den Grundsätzen der Wohlfahrtspflege bemessene Unterstützung zu sichern und gleichzeitig die Kommunen von Lasten zu befreien, für die sie nicht gerüstet sind und deren Uebernahme auch nicht zu den normalen Aufgaben der kommunalen Wohlfahrtspflege gehört.

Durch die Tagespresse sind in der letzten Zeit Mitteilungen gegangen, aus denen man den Eindruck gewinnen konnte, daß der Reichsarbeitsminister diesen Forderungen der Gewerkschaften und der Gemeinden Rechnung getragen hatte.

Der folgende kurze Ueberblick soll zeigen, daß dies keineswegs der Fall ist, und daß die tatsächlich vorgenommenen Erweiterungen im zugelassenen Personenkreis bezahlt werden müssen mit einer geradezu unerhörten Verringerung der Leistungen der Krisenfürsorge.

Was zunächst den durch den neuen Erlaß vom 11. Oktober 1930 zugelassenen Personenkreis angeht, so ist zwar festzustellen, daß grundsätzlich alle Berufe mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste zugelassen worden sind, allerdings nur in Gemeinden mit über 10000 Einwohnern. In den kleineren Gemeinden hängt die Zulassung vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes ab. Aber auch in den größeren bleiben noch eine Reihe wesentlicher Ausnahmen bestehen.

So bleiben grundsätzlich ausgeschlossen alle Jugendlichen unter 21 Jahren.

Ferner bleiben ausgeschlossen alle die Gruppen, die innerhalb der bereits bisher zugelassenen Berufe wegen ihres Alters, ihres Geschlechtes oder ihres Familienstandes aus der Krisenfürsorge herausgenommen worden waren.

Hinzu kommt aber noch, daß nunmehr alle die Arbeitslosen, die nicht aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind, sondern nur eine Antwartschaftszeit von 13, nicht eine solche von 26 Wochen Beschäftigung erfüllen konnten, vom Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen werden; und zwar geschieht dies, obwohl das Gesetz im § 101 den Anspruch dieser Personen auf Krisenunterstützung, soweit ihr Beruf überhaupt zugelassen ist, zwingend vorschreibt. Im übrigen bleiben die Präsidenten der Landesarbeitsämter ermächtigt, neue Ausnahmen vom Bezug zu schaffen, oder auch alte Ausnahmen aufzuheben.

Sind demnach die Forderungen auf Ausdehnung des Personenkreises nur ganz unzulänglich erfüllt, so ist denen nach Ausdehnung der Unterstützungsdauer überhaupt nicht entsprochen worden. Im Gegenteil wurde die Höchstdauer der Krisenunterstützung herabgesetzt, und zwar die normale Dauer von 39 auf 32 Wochen, die verlängerte Dauer für Arbeitslose über 40 Jahren von 52 auf 45 Wochen. Weitere Verkürzungen im Einzelfall sind zulässig.

Die neuen Bestimmungen treten am 3. November 1930 in Kraft! Eine Rückwirkung gibt es nicht, so daß also die vor diesem Stichtag bereits ausgesteuerten Arbeitslosen nicht neu in die Krisenunterstützung aufgenommen werden, wenn sie nicht bereits vorher zugelassen waren.

Für Arbeitslose, die beim Inkrafttreten des Erlasses Krisenunterstützung beziehen, gilt bis zum 10. Januar 1931 die bisherige Unterstützungshöchstdauer von 39 oder 52 Wochen fort.

Arbeitslose, die an diesem Tage ihre Unterstützungshöchstdauer von 32 oder 45 Wochen erreicht und überschritten haben, scheiden aus

a) wenn sie am 10. Januar 1931 nicht mehr als 36 Wochen Unterstützung bezogen haben, am 24. Januar 1931,
b) wenn sie am 10. Januar 1931 mehr als 36 Wochen Unterstützung bezogen haben, am 17. Januar 1931.

Die Uebergangsbestimmungen finden auch auf jene Anwendung, die beim oder nach dem Inkrafttreten des Erlasses den Unterstützungsbezug bis zu vier Wochen unterbrochen haben oder unterbrechen, weil sie Arbeit aufgenommen haben.

Geht schon diese Regelung des Personenkreises und der Dauer an den dringendsten Notwendigkeiten der Arbeitslosen und der Gemeinden vorbei, weil sie das Problem der Wohlfahrtserwerbslosen, wie es heute bereits besteht, völlig unberührt läßt und durch die zahlreichen Ausnahmen, die nach wie vor gemacht werden, das Anwachsen der Wohlfahrtserwerbslosen weiter begünstigt, so müssen sich die nunmehrigen Bestimmungen der Verordnung vom 11. Oktober 1930 über die Leistungen für Arbeitslose und Gemeinden gleicherweise katastrophal auswirken. Die Unterstützungssätze wurden folgendermaßen gesenkt: Während bisher in der Krisenunterstützung für Angehörige der in der Arbeitslosenversicherung geltenden Lohnklassen VI und VII die Lohnklasse VI, für Angehörige der Lohnklassen VIII und IX die Lohnklasse VII, für Angehörige der Lohnklassen X und XI die Lohnklasse VIII eingesetzt wurde, gelten nunmehr für Arbeitslose mit mindestens einem zuschlagsberechtigten Angehörigen statt der Lohnklasse VI die Lohnklasse V, statt der Lohnklassen VII und VIII die Lohnklasse VI, statt der Lohnklassen IX bis XI die Lohnklasse VII.

Die Kürzung beginnt also jetzt bereits bei Lohnklasse VI, die höchste Gruppe ist die Lohnklasse VIII!

Für Arbeitslose ohne zuschlagsberechtigte Angehörige wird schon von Lohnklasse V abgekürzt, und zwar wird aus Lohnklasse V die Lohnklasse IV. In den übrigen Lohnklassen werden diese Arbeitslosen jeweils noch einmal um eine Stufe tiefer eingruppiert als jene mit einem zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Zu der Senkung der Sätze tritt eine rigoros verschärfte Bedürftigkeitsprüfung! Eigenes Einkommen des Arbeitslosen (Gelegenheitsverdienst), das 20 Prozent der zustehenden Unterstützung übersteigt, wird voll (bisher zur Hälfte) auf die Krisenunterstützung angerechnet. Einkommen von Angehörigen, die mit dem Arbeitslosen in gemeinsamem Haushalt leben, wird angerechnet, soweit es 20 RM pro Woche übersteigt. Der Betrag von 20 RM erhöht sich für jede Person, die der Angehörige des Arbeitslosen auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhält, um 10 RM.

Diese Regelung führt zu völlig unmöglichen Resultaten, namentlich in den Fällen, in denen erwachsene im Arbeitsverdienst stehende Kinder mit Eltern zusammenleben, die ihrerseits noch unmündige Kinder zu versorgen haben. Hier tritt regelmäßig der Fall ein, daß die Krisenunterstützung der Eltern beträchtlich gekürzt wird, wenn ein oder zwei erwachsene Kinder auch nur einen mittleren Verdienst erzielen. Denn bei den Bedarfssätzen werden ja nur die Unterhaltspflichten des Einkommensempfängers, nicht aber die des Unterstützungsempfängers berücksichtigt.

Gewisse Einnahmen, wie z. B. die Gewerkschaftsunterstützungen, bleiben anrechnungsfrei. Dagegen sind auch bei der Anrechnung von Renteneinkommen Verschärfungen eingetreten!

Völlig unhaltbar ist die zu alledem nach den Vorsitzenden der Arbeitsämter gegebene Ermächtigung, die Unterstützung ganz oder teilweise auch dann zu versagen, wenn nach den eben geschilderten Grundsätzen Bedürftigkeit vorliegt. Im reinen Ermessen kann also selbst nach den Bestimmungen der Verordnung bedürftigen Arbeitslosen die Unterstützung versagt werden, wenn der Vorsitzende diese Verweigerung durch besondere Umstände für gerechtfertigt hält.

Auch diese neuen Bestimmungen treten am 3. November 1930 in Kraft, auf laufende Fälle werden sie vom 24. November 1930 ab angewandt!

Betrachtet man die neue Regelung im Zusammenhang, so kann ernsthaft bezweifelt werden, ob die neu zugelassenen Arbeitslosen durch ihre Zulassung besser gestellt worden sind, als wenn sie von der Wohlfahrtspflege aufgenommen worden wären. Von der Krisenfürsorge sind jedenfalls nur noch Rudimente übrig geblieben, wenn man die ursprüngliche Regelung und die Grundsätze, auf denen die Krisenunterstützung früher aufgebaut war, zum Vergleich mit heranzieht. Nicht auf den Namen der Unterstützung kommt es an, sondern auf ihren sozialen Wert. Ueber den Wert der heutigen Krisenunterstützung wird es in der deutschen Arbeiterschaft nur ein Urteil geben:

sie ist nichts anderes als eine Armenunterstützung, die in vielen Fällen selbst die primitiven Lebensbedürfnisse nicht mehr decken wird, die in vielen Fällen den Krisenunterstützungsempfänger gleichzeitig auch zum Klienten der Wohlfahrtspflege machen wird.

Wenn man weiß, wie diese Regelung zustandegekommen ist, daß nämlich unter rein finanziellen Gesichtspunkten in einem vom Finanzminister von vornherein fest auf 400 Millionen RM begrenzten Etatrahmen die Aufteilung willkürlich vorgenommen worden ist, so versteht man, **daß hier in einer selten erlebten Weise alle sozialpolitischen Grundsätze vernachlässigt worden sind und daß man mit dem Rechenstift nicht eine soziale Frage, sondern eine mathematische Aufgabe gelöst hat.**

Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft im Jahre 1929

Dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft für das Jahr 1929 seien folgende Zahlen und Angaben entnommen: Der in 10 Sektionen zerfallenden Berufsgenossenschaft gehörten im Berichtsjahre 10 639 Betriebe an. Im Vorjahre (1928) waren 10 699 Betriebe versichert. Bemerkenswert ist, daß für 1738 Betriebe Fehlanzeige erstattet wurde. Hieraus geht hervor, daß von den verzeichneten Betrieben 16,3 Prozent vollständig ruhten. Versichert waren in den gemeldeten Betrieben 310 878 Arbeitnehmer (im Vorjahre 339 749). Vollarbeiter, zu 300 Arbeitstagen gerechnet, wurden 157 144 gezählt. Auf einen Betrieb entfallen demnach im Berichtsjahre 14,8 Vollarbeiter gegen 16 im Jahre 1928. Die Gesamtsumme der gezahlten Löhne erreichte den Betrag von 350 899 726 RM. Auf einen Vollarbeiter entfällt im Durchschnitt ein Jahreslohn von 2233 RM. Als durchschnittlicher Tagesarbeitsverdienst ist ein Betrag von 7,44 RM. errechnet worden. Bemerkenswert ist weiter, daß auf je 1000 RM. Lohnsumme ein Beitrag von 25,57 RM entfällt. Um die Behauptungen der Arbeitgeber von den immer mehr steigenden Sozialiasten zu widerlegen, sei angeführt, daß der Beitrag auch in den Vorkriegszeiten nicht niedriger war. So betrug der Beitrag auf die gleiche Lohnsumme (1000 RM.) im Jahre 1912 gar 26,33 RM. In den Kriegsjahren 1916/1917 erreichte er die Höhe von 31,55 RM bzw. 31,49 RM. An Ausgaben führt die Genossenschaft an:

Entschädigungen durch die Post	5 439 564 RM.
Entschädigungen durch die Genossenschaft	1 521 688 RM.
Verwaltungskosten	624 143 RM.
Verwaltungskosten der Sektionen	1 094 258 RM.
Beitragsausfälle und Rückstände	382 563 RM.
Tilgung von Schuld	256 149 RM.
Rücklage	110 000 RM.

Von diesen Ausgaben geht eine Einnahme in Höhe von 426 915 RM. ab, so daß als zu erhebende Umlage ein Betrag von rund 9 001 500 RM. verbleibt. Bei den Ausgaben muß die verhältnismäßig hohe Summe der Beitragsrückstände und Ausfälle auffallen. Das Vermögen (Rücklage) der Genossenschaft weist am Jahresschluß einen Bestand von 1 020 084 RM. auf.

Für alle Versicherten von Interesse werden die Angaben über die Unfälle und die Unfallhäufigkeit sein. Die Zahl der im Berichtsjahre gemeldeten Schadensfälle (Betriebsunfälle und Berufskrankheiten) betrug 31 716, da es im Jahre 1928 33 140 Fälle waren, ist hier keine Steigerung eingetreten. Erstmalig entschädigt wurden im Berichtsjahre 2338 Fälle, im Vorjahre 2482. Zu diesen 2338 erstmalig entschädigten Fällen kommen noch weitere 2069, die zwar zu keiner Rentenfestsetzung führten, die aber dennoch einen erheblichen Aufwand an Kosten des Heilverfahrens, Kurkosten usw. erforderten. Auf 1000 Vollarbeiter kommen im Berichtsjahre erstmalig entschädigte Unfälle

tödliche	1,39
dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit	0,17
Erwerbsunfähigkeit von 50 Proz. und mehr	1,36
Erwerbsunfähigkeit unter 50 Proz.	11,96

Nach dieser Aufstellung stellen erfreulicherweise die Unfälle mit geringeren Folgen die überwiegende Mehrheit dar. Interessant sind weiter die Feststellungen über die Ursachen der entschädigten Unfälle. Von den 2338 erstmalig entschädigten Fällen sind zurückzuführen auf:

Zusammenbruch, Einsturz	474
Eisenbahn, Feldbahn	360
Fall von Personen	278
Rohstoffgewinnung, Abraum, Tiefbau, Tagebau	307
Auf- und Abladen	153
Fördermaschinen	140
Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeitsstelle	125

Die übrigen Unfälle sind auf andere Ursachen (Fuhrwerk, Handwerkszeug, Explosivstoffe, Pulver [55] usw.) zurückzuführen. Der Bericht enthält wie alljährlich eine beachtenswerte Aufstellung über die Schuldfrage bei den Betriebsunfällen. Nach dieser sind zurückzuführen auf:

Schuld des Arbeitgebers	95 Unfälle	(4,2 %)
Schuld des Arbeitnehmers	666 Unfälle	(28,4 %)
sonstige Ursachen	1577 Unfälle	(67,4 %)

Die Genossenschaft schreibt zu diesen Zahlen: „Aus obiger Zusammenstellung ergibt sich, daß der Prozentsatz der auf die Schuld des Arbeitgebers zurückzuführenden Unfälle 1929 keine wesentliche Aenderung erfahren hat (4,2 zu 3,8 Proz.). Die durch die Schuld des Arbeitnehmers herbeigeführten Unfälle sind prozentual gesunken (28,4 zu 29,0 Proz.); die Zahlen sind aber noch sehr hoch. Die Fachverbände der Arbeitnehmer sollten ihren Mitgliedern in belehrenden Vorträgen die strenge Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften immer wieder ans Herz legen." Wir können uns mit diesen Zahlen über die Unfallschuld nicht so ohne weiteres einverstanden erklären. Auffallen muß vor allen Dingen die Feststellung, daß die Unternehmer nur in 4,2 Proz. der Fälle die Schuld am Unfall haben sollen. Weiter werden 487 Unfälle allein auf Ungeschicklichkeit oder Unachtsamkeit der Arbeitenden zurückgeführt. Man muß nun auch unbedingt weiter forschen, auf welche Ursachen diese Unachtsamkeit im einzelnen Falle zurückzuführen ist. Sollte hier nicht Uebermüdung, Ueberanstrengung usw. vielfach eine große Rolle spielen?

Die Berufskrankheiten nehmen in der Unfallversicherung einen immer größeren Raum ein. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß durch eine Verordnung vom Februar 1929 die Liste der entschädigungspflichtigen Berufskrankheiten nicht unerheblich endlich — freilich noch lange nicht in dem von uns gewünschtem Maße — erweitert worden ist. Die Genossenschaft schreibt hierzu: „Infolge dieser Verordnung schnellte die Zahl der angemeldeten Berufskrankheiten von 8 im Jahre 1928 auf 754 im Jahre 1929 empor. In der Hauptsache wurden alte oder sogenannte Rückwirkungsfälle angemeldet, die nach der erwähnten Verordnung zu entschädigen sind, wenn ihre wesentliche Ursache in der beruflichen Beschäftigung nach dem 31. Dezember 1919 zu suchen und die Anmeldung des Anspruchs bis 31. Dezember 1929 erfolgt ist. Im überwiegenden Maße befinden sich darunter Staublungenerkrankungen. Erkrankungen der Muskeln, Knochen und Gelenke durch Arbeiten mit Preßluftwerkzeugen und Erkrankungen durch Verbindungen des Mangans wurden nur vereinzelt gemeldet. Die Entschädigung für Berufskrankheiten (30 Fälle) belaufen sich auf 26 059,49 RM., darunter 6 durch Manganvergiftung mit 5195,50 RM. Entschädigungen. Dem Senat für Berufskrankheiten beim Reichsversicherungsamt, der als neugeschaffene Instanz für die Streitsachen in Rückwirkungsfällen zuständig ist, lagen von seiten der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft bis Ende Juli 1930: 246 Sachen zur Entscheidung vor. Die bisherige Entwicklung läßt vermuten, daß der Berufsgenossenschaft aus der 2. Verordnung noch schwere, dauernde Lasten entstehen werden."

Insgesamt haben im Berichtsjahre 19 637 Personen von der Genossenschaft Rente erhalten. Bezeichnend ist, daß an Italiener, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, 31 605 RM. an Rente gezahlt worden sind. Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle sind 1401 gemeldet worden. Rentenempfänger mit weniger als 10 Proz. Rente sind 148 mit einem Kapital von 53 434 RM. abgefunden worden. Höhere Renten (bis 25 Proz.) sind in 80 Fällen mit zusammen 122 088 RM. abgefunden worden. Ferner sind auf Antrag der Verletzten 30 Abfindungen mit 100 809 RM. zum Zwecke des Erwerbs von Grundbesitz vorgenommen worden.

Die Besichtigung und Kontrolle der Betriebe ist von 14 technischen Aufsichtsbeamten vorgenommen worden. Es wurden von diesen 6776 Betriebe besichtigt. Da im Jahre 1928 nur 5271 Betriebe einer Kontrolle unterzogen worden waren, ist hier eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen. Der Prozentsatz der besichtigten Betriebe ist von 44 Proz. im Jahre 1927 auf 49 Proz. im Jahre 1928 und auf 64 Proz. im Jahre 1929 gestiegen. Leider enthält der sonst sehr ausführliche Bericht keine Angaben darüber, welche Mängel und Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften bei diesen Besichtigungen vorgefunden wurden.

Daß die Arbeitgeber die bestehenden Vorschriften oftmals mißachten und ihre eigene Genossenschaft in vielen Fällen sabotieren, ist leider Tatsache. Die Genossenschaft sah sich leider gezwungen, in einer ganzen Anzahl Fälle derartige Arbeitgeber mit Geldstrafen zu belegen. Es wurden bestraft wegen:

Vergehen gegen die Unfallverhütungsvorschriften	106 Arbeitgeber
Unterlassene Unfallmeldungen	11 Arbeitgeber
Unrichtige Lohnausweise usw.	180 Arbeitgeber
Unterlassene Betriebsanmeldung	4 Arbeitgeber
Unrichtige Lohnbücher usw.	13 Arbeitgeber

Darüber hinaus sind gegen Arbeitnehmer noch 116 Anträge auf Verhängung von Geldstrafen wegen Zuwiderhandelns gegen die Unfallverhütungsvorschriften gestellt worden. Kl—s.

So geht es nicht!

Wer für das Geschehen im öffentlichen Leben Verständnis hat, wird gern anerkennen, daß es für keine Regierung eine leichte Aufgabe ist, das Staatsschiff durch ein Meer zu steuern, dessen Wellen von einem unheimlich wild tobenden Krisensturm hochgepeitscht werden. Auch wird sich niemand der Erkenntnis verschließen, daß außergewöhnliche Notstände nur durch außergewöhnliche Maßnahmen zu beheben sind. Das hat trotz der Zuspitzung des parlamentarischen Lebens der Reichstag mit Mehrheit durch Beschluß unterstrichen. Aber eins ist gerade in so schweren Krisenzeiten sowohl im politischen wie auch im wirtschaftlichen Leben mehr denn je von Nöten. Es darf unter keinen Umständen von dem Wege abgewichen werden, der zu dem einmal als richtig kannten Ziele führt. Hier gilt das, was Goethe einmal in die Worte kleidete: Wer zu schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, vermehret das Uebel und breitet es weiter und weiter.

Das große Uebel ist die Wirtschaftskrise, und sie zu überwinden, sollte das Ziel jeder volksfreundlichen Wirtschaftspolitik sein. Sie kann nur überwunden werden, indem die Kaufkraft gestärkt und damit die Voraussetzung geschaffen wird, die riesigen Vorräte abzustoßen und die Produktion zu beleben. Kaufkraftstärkungen sind möglich entweder durch Erhöhung der Nominallöhne oder durch Senkung der Preise. Lohnerhöhungen ihre Unterstützung zu leihen, ist die Regierung Brüning offensichtlich nicht gewillt. Sie hat, wenigstens in der Theorie, den zweiten Weg, also den des Preisabbaues, zum Programm ihres Handelns gemacht. Auch dagegen soll grundsätzlich nichts gesagt sein, aber wie und mit welchem Erfolg die auf diesem Wege liegenden Maßnahmen bisher durchgeführt worden sind, das fordert den schärfsten Protest der deutschen Arbeiterschaft heraus.

Es soll hier noch einmal wiederholt werden: Preissenkungen, die mit einem Lohnabbau verkoppelt werden, bedeuten keine Kaufkraftstärkung, sondern höchstens deren Gleichbleiben. Der berüchtigte Oeynhausener Schiedsspruch, durch den Metallarbeiterlöhne und Eisenpreise in gleichem Maße gesenkt wurden, war deshalb volkswirtschaftlich ein Fehlschlag. Aber jetzt sehen wir, daß selbst auf Preisermäßigungen, auch wenn sie nur genau so hoch sein würden wie die Lohnreduzierung, seitens der amtlichen Schlichtungsstellen kein Wert mehr gelegt wird. In den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie ist die Preissenkungsklausel im Gegensatz zu der Oeynhausener Regelung nicht mehr eingebaut worden. Es kommt uns hier nicht darauf an, die Lohnbewegungen in den einzelnen Zweigen der deutschen Metallindustrie kritisch zu beleuchten, sondern nur darzutun, daß man in Regierungskreisen vor dem Widerstand der Unternehmer immer weiter zurückweicht und schließlich nur noch den Lohnabbau sieht. Man gibt sich dort gar nicht mehr die Mühe, diese unsoziale Politik noch durch Preisabbauversprechen zu verbrämen. Gewiß ist es den Unternehmern anheim gestellt, nun auch mit den Preisen herunter zu gehen. Aber vom „Anheimstellen" bis zur Durchführung ist ein so weiter mit Kartellen gepflasterter Weg, daß als Endeffekt dieser Aktionen nur die Lohnsenkung übrig bleibt, wodurch der Arbeiterschaft einseitig allerschwerste Krisenopfer aufgebürdet werden.

Auch von anderen Regierungshandlungen können wir feststellen, daß Maßnahmen zum Gesetz erhoben worden sind oder noch erhoben werden sollen, die dem Ziele der Preissenkung gerade entgegenwirken. Im Arbeiterhaushalt spielt der Mietsbetrag eine sehr große Rolle. Die Mieten, besonders in Neubauten, sind sehr hoch. Eine Politik, die deren Herabsetzung zur Folge haben soll, müßte darauf abgestellt sein, möglichst viel Geld und Kredit für den Wohnungsbau freizumachen, damit das Angebot an Wohnraum wächst, wodurch die Tendenz zu gesenkten Mietspreisen erzeugt wird. Was aber tut die jetzige Regierung in dieser Beziehung? Gerade das Gegenteil von dem, was preispolitisch notwendig wäre. Sie kürzt die aus der Hauszinssteuer aufkommende Summe von 800 Millionen Mark, die bisher dem Wohnungsbau zufloß, um die Hälfte. Die Folge davon ist natürlich verstärkte Flaute im Baugewerbe und langwährende Verknappung des Wohnraumes, dessen Folge hohe Mietspreise sind. Und das, trotzdem in allen Regierungserklärungen von einem Preisabbau geredet wird.

Auf anderen Gebieten sieht es in dieser Beziehung nicht besser aus. In der Krise stürzen zuerst die Rohstoffpreise. Das ist bekannt, und man sollte annehmen, daß das einer Regierung, die angeblich eine allgemeine Preissenkung will, sehr willkommen sei. Aber weit gefehlt. Dieselbe Regierung konzentriert alle ihre Kräfte darauf, den Preissturz des wichtigen Wirtschaftsgutes „Getreide" zu verhindern. Schiele erhöht eine Zollposition nach der anderen, wozu ihm das System des Gleitzolles die gesetzliche Handhabe bietet. Und wenn Zölle nicht mehr ausreichen, dann tritt das Reich als großer Getreidekäufer auf den Plan. Während der letzten Wochen hat der Zusammenbruch der Getreidepreisstützungsaktion viel von sich reden gemacht. Die Getreidehandels AG., das ist die vom Reich mit dem Ankauf von Roggen betraute Gesellschaft, hatte den Preis so hoch gestellt, daß sich der Getreidehandel durch Verkauf an die Getreidehandels AG. sehr gute Verdienste versprach. Die Folge des starken Angebotes war, daß die Getreidehandels AG. ihre Gelder bald ausgegeben hatte und nicht mehr kaufen konnte. So ist die Roggenpreisstützungsaktion zusammengebrochen. Der Landwirtschaft ist damit nicht geholfen worden, denn jetzt stehen die Preise tiefer als je zuvor. Verdient hat nur der Getreidehandel. Wollte man der Getreidehandels AG. aus Reichsmitteln weitere Millionen zur Verfügung stellen, so würde das nichts anderes bedeuten, als die Geschenkaktion an den Getreidehandel fortsetzen, woran naturgemäß niemand ein Interesse haben kann. Wir fragen: Was hat die Regierung, die angeblich den Preisabbau will, veranlaßt, den Roggenankaufspreis so hoch zu stellen, daß die ganze Stützungsaktion dadurch zusammenbrechen mußte? Der Grund ist, man wollte der Landwirtschaft gute Verdienstmöglichkeiten geben. Allerdings ging das auf Kosten derselben Arbeitnehmerschichten, deren Verdienste dieselbe Regierung durch die von ihr sanktionierte Lohnpolitik ständig zu schmälern bestrebt ist.

Noch ein weiteres Merkmal ist anzuführen, das dem Preisabbaugedanken mehr als abträglich sein muß. Es ist das die von der Reichsbank vorgenommene Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes. Hierfür trifft die Regierung allerdings keine Schuld, denn die Reichsbank ist selbständig, und die von ihr vorgenommene Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes erfolgte aus währungspolitischen Gründen. Das Ausland hat einen großen Teil seiner in Deutschland kurzfristig angelegten Guthaben nach den Reichstagswahlen gekündigt. Dadurch verminderte sich der Bestand der Reichsbank an Gold und Devisen. Um nun dem geflüchteten Kapital einen Anreiz zu geben, wieder nach Deutschland zurückzukehren, wurde der deutsche Zinssatz erhöht. Gegen diese Maßnahme ist gewiß nichts einzuwenden. Aber im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bedeutet die Erhöhung des deutschen Zinsniveaus eine neue Belastung. Die höheren Zinsen gehen ein in die Preise, die sich dadurch nicht vermindern, sondern steigen. Es wird immer rätselhafter, worauf die amtliche Lohnpolitik, die von ihr betriebene Senkung der Löhne eigentlich noch stützen will.

Alles in allem ist zu sagen, daß es an einer klaren Linie in der Preispolitik fehlt. Mal wird der Versuch zu Preissenkungen gemacht. Es bleibt dann aber beim Versuch, wohingegen in der Lohnpolitik die Linie ehern konsequent gezogen wird. So geht es nicht, wenn nicht die Arbeitskraft des deutschen Volkes total ruiniert werden soll. Hier schwört die Politik Geister herauf, die ihr einmal sehr gefährlich werden können, denn schließlich will die Arbeiterschaft nicht alle Opfer der furchtbaren Wirtschaftskrise allein tragen. V.

Drei Tatsachen — drei Symptome!

Erstens: Eines der Hauptargumente der Nationalsozialisten war seit jeher die programmatische Forderung einer „Verstaatlichung der Konzerne und Trusts" und der „Entthronung der Bank- und Börsenfürsten". Unter dieser geschickt gewählten Parole („Bauernfängerei!", wie der Kapitän Ehrhardt es bezeichnet) wurde versucht, allerdings mehr oder minder erfolglos, in die Reihen der sozialistischen Arbeiter- und Angestelltenschaft einzubrechen; jeder nationalsozialistische Demagoge war bemüht, den anderen zu überbieten, und so erlebte die Oeffentlichkeit das Schauspiel eines „fanatischen Sozialisierungswillens".

Doch nach der großen nationalsozialistischen Parade von Nürnberg im Jahre 1928 schrieb der Gelsenkirchener Montangewaltige Kirdorf an Hitler von seinen gewonnenen „erhebenden Eindrücken", er „wünschte seinem lieben Herrn Hitler aus vollem Herzen Glück und Erfolg" (beim Sozialisieren?) und unterzeichnete diesen seltsamen Brief eines Großindustriellen und Großkapitalisten an einen „sozialistischen Arbeiter"-Führer mit „treudeutschem Gruß von meiner Frau und mir, in Freundschaft Ihr Kirdorf".

Und der Erfolg? Das Programm der Nazis wurde — mit Rücksicht auf die Wirkung nach außen! — zwar nicht geändert, dafür aber erweitert und „ausgelegt", daß von nun an die Betriebe der deutschen Montanindustrie nicht mehr unter den Begriff der „Konzerne und Trusts" fallen, also nicht mehr zu verstaatlichen sind, wenn — frei nach den „Ernsten Bibelforschern"! — die Stunde des „Dritten Reiches" dereinst schlagen wird.

Daß derselbe Herr Kirdorf in seinem Nebenberuf noch Aufsichtsrat der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft, also ein waschechter Repräsentant des „internationalen Finanzkapitals" ist, das tut der Freundschaft zwischen ihm und Hitler keinen Abbruch. — Ueberhaupt die Beziehungen der Nationalsozialisten zur Hochfinanz: die Hitlersche Reichstagsfraktion bringt einen Gesetzantrag auf entschädigungslose Enteignung der „Bank- und Börsenfürsten" ein, Herr Hitler selbst aber und Feder und Frick und Goebbels sitzen zu derselben Stunde bei dem obersten Chef der Dedibank (Deutsche Bank und Diskontogesellschaft) beim Frühstück. Weder der Ritter von Stauß scheint das hysterische antikapitalistische Geschrei der Hitler und Konsorten für ernst zu nehmen, noch scheuen sich die nationalsozialistischen Größen, sich in den feudalen Sesseln des berüchtigtsten aller jüdischen Bankangestellten zu aalen, dessen Sekt zu trinken und dessen Kaviar zu essen. — Einer des anderen wert!

Daß bei derselben Gelegenheit Herr von Stauß die Unterstützung der Nationalsozialisten für die Kandidatur des Herrn Dr. Scholz von der „Aufsichtsratspartei" (dessen einzige vernünftige Leistung seines seitherigen Lebens in der Wahl seiner — allerdings jüdischen — Frau besteht!) für das Amt der Reichstagspräsidenten gewonnen und besiegelt hat, sollte nicht tragisch, sondern nur grotesk gewertet werden. — Immerhin ein Symptom!

Zweitens: Den Anlaß zum Konflikt Hitler kontra Straßer, damit zur Abspaltung der sogenannten „revolutionären" Nationalsozialisten von der Münchener Partei, gab die ultimative Forderung des dank seines ökonomischen Uebergewichts dominierenden industriellen Flügels der NSDAP auf Einstellung der scheinsozialistischen Propaganda und auf Trennung der Partei von den Straßerleuten. Wie — die entscheidende Tagung fand im April dieses Jahres in Weimar statt — mehr oder minder offen ausgesprochen wurde, glaubte diese finanziell an der Partei engagierte Gruppe in der Art der Straßerschen Taktik die Gefahr einer Stärkung proletarischer Einflüsse erblicken zu müssen, die Gefahr, daß die Macht in der Partei den Händen des unternehmerfrommen Herrn Hitler entwunden und „usurpiert" werde von dem angeblich radikalen Flügel.

Hitler sträubte sich zunächst, etwas gegen Straßer zu unternehmen, nicht zuletzt mit Rücksicht auf die bevorstehenden Sachsenwahlen, bei denen er auf die Straßer-Presse angewiesen war. Erst auf Drohung seiner finanziellen Hintermänner, daß im Falle eines weiteren „Abgleitens ins proletarische Fahrwasser" eine Entziehung der Subventionen „ernsthaft in Erwägung gezogen werden müsse", entschloß sich Hitler zum Vorstoß gegen Straßer und zur Aufgabe seines pseudosozialistischen Programms: dem Geld der Unternehmer hat er den Sozialismus seiner Anhänger zum Opfer gebracht!

Drittens: Vor kurzem — es war am 16. Oktober — tagte in Berlin der sogenannte Führerausschuß der Nationalsozialisten, in welchem bekanntlich der industrielle Flügel auf Grund seines wirtschaftlichen Uebergewichts völlig dominiert. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Berliner Metallarbeiterstreik; hierzu hatte am 15. Oktober die Berliner Gauleitung der NSDAP eine Erklärung erlassen, die einem Streikaufruf gleichkommt und die u. a. die Redewendung enthält, daß der Streik berechtigt sei, eine gesetzliche Grundlage habe, und die mit der Aufforderung an die nationalsozialistischen Parteimitglieder schließt, sich in den Dienst der Metallarbeiter zu stellen.

Gegen diese Erklärung einer offiziellen Stelle der Hitlerpartei wurde von der Mehrheit des Führerausschusses in schärfster Weise protestiert; der Versuch des Vertreters von Goebbels, der den Aufruf unterzeichnet hatte, aber bezeichnenderweise nicht selbst erschienen war, die Erklärung in ihren wesentlichen Punkten abzuschwächen und lediglich als „taktische Maßnahme" (!) hinzustellen, wurde zurückgewiesen. Es gelangte schließlich ein Antrag an die Parteileitung zur Annahme, der fordert, daß die NSDAP „unter Wahrung ihrer taktischen Lage" eine solche Haltung einzunehmen habe, die klar erkenntlich macht, daß für die Nationalsozialisten eine Einheitsfront mit den Gewerkschaften für heute und immer ausgeschlossen ist.

Und nicht uninteressant ist es, daß seitens der industriellen Gruppe der NSDAP bei dieser denkwürdigen Tagung vor allem mit dem Hitlerschen Argument operiert wurde, „der Unternehmer, der auf Grund seiner Tüchtigkeit, die nur die höhere Rasse (?) beweise, an die Spitze der Wirtschaft gelangt sei, trage die alleinige Verantwortung für die Produktion und sei es, der dem Arbeiter Brot schaffe." Dr. Helmut Klotz, Berlin.

In Paris

Auslandsreisen haben allgemein nicht mehr die Bedeutung wie vor etwa 2 Jahrzehnten, denn es wird heute unbekümmert um die Sprachenunterschiede durchweg mehr gereist, wodurch sich der allgemeine Ueberblick vergrößert hat. Trotz aller politischen Hemmungen und der nationalsozialistischen Seuche ist die Welt heute viel internationaler geworden und wird es noch mehr werden. Das ist sicherlich gut! Doch abgesehen davon hat eine Reise nach Paris mit seinen beinahe 4 Millionen Einwohnern ihren besonderen Reiz. Paris soll die dichtbevölkertste Stadt Europas sein. Und dann, nicht zu vergessen, hat Paris seine große Geschichte, eingemeißelt im revolutionären Befreiungskampf der Menschheit; daher sieht ein Ausländer, der einigermaßen in dieser Geschichte bewandert ist, wohl mit viel größerer Ehrfurcht und Bewunderung als der französische Einwohner selbst auf Paris mit seinen vielen geschichtlichen Plätzen, Straßen, Bauten und Anlagen.

Eine gute und schnelle Verbindung von Deutschland nach Paris ist die Strecke Frankfurt—Karlsruhe—Straßburg—Paris. Wer Straßburg aus der Vorkriegszeit kennt und folgedessen Vergleiche ziehen kann zwischen früher und jetzt, wird konstatieren können, daß die Stadt in ihrem Gesamteindruck gegen früher nichts eingebüßt hat. Auffallend für uns ist der ungeheuere Strom von Arbeitskräften, der sich, aus der Umgebung kommend, allmorgendlich aus dem Hauptbahnhof in die Stadt ergießt. Frankreich kennt keine Arbeitslosigkeit und nach der uns gewordenen Information sollen ca. 9 Millionen ausländische Arbeitskräfte in Frankreich arbeiten, worunter Tschechen, Polen, Italiener überwiegen.

Von Straßburg nach Paris geht es teils durch das elsässische Steinbruchsgebiet (Ausläufer der Vogesen), alte bekannte Ortsnamen, allerdings französisch umgestellt, tauchen auf. Unser Verband hatte dort bis 1914 festen Fuß gefaßt. Die Betriebe sind wie früher noch in voller Tätigkeit aber der gewerkschaftliche Organisationsgedanke ist daraus entwichen und was die betreffenden Kollegen nunmehr am Organisationsbeitrag wöchentlich „sparen", rächt sich in vervielfachter Aufmachung am Lohn. Diese alte Geschichte und immer falsche Rechnung bleibt hüben wie drüben der Grenze stets eine unangenehme, doch unumstößliche Wahrheit.

Die Fahrt durch das Steinbruchsgebiet hat große Aehnlichkeit mit einer Fahrt durch das Elbtal, bei Pirna i. Sa., wo Bruch an Bruch das Auge fesselt. Der Unterschied ist nur der, daß die Brüche im Elbtal still liegen, während hier im Elsaß gearbeitet wird. Dann rast der Zug — „Rapide" (Schnellzug) sagt dazu der Franzose im Gegensatz zum „Expreß" (Eilzug) — durch die Champagne. Auf den Bahnstationen merkt man, daß es die Gegend des Kognaks und Sekt ist, denn man kann so etwas kaufen auf den Bahnsteigen wie bei uns Schokolade, Zigaretten usw.

Bei längerer Fahrt mit denselben Personen im Abteil wird es schließlich gesprächiger und man merkt bei einigen, die vordem französisch radebrechen, daß sie doch gut deutsch sprechen können und sich schließlich gar als Sachsen entpuppen. So waren das unter anderen zwei weibliche Personen, 2 „späte" Mädchen, wie man so sagt, die von Dresden nach Paris fuhren. Sie wollen von da nach Burgund, Barcelona und Madrid. Das Geld haben sie sich mühsam aus ihrem Angestelltenverhältnis zusammengespart und machen nun ihre späte Ferienreise. Ein paar Brocken französisch und spanisch haben sie sich eingeübt, sind dennoch ganz sicher, weil sie in Madrid Bekannte aus — Dresden haben. Solche Unternehmungslust imponiert. Unter Sachsen ist das nichts Seltenes.

Endlich, nach 24stündiger ununterbrochener Fahrt — Paris-Ost. Dann steht man vor dem Bahnhof und schaut auf den Verkehr, sucht sich Unterkunft und dann schaut man wieder. Ein solches Gewimmel von Autos sieht man so leicht nicht wieder. In Paris sollen nämlich 60 000 Autodroschken Konzession haben und ca. 120 000 sollen noch außerdem dauernd aus der Umgebung oder sonstwoher im Pariser Straßenverkehr herumquirlen. Quirlen ist schon der richtige Ausdruck dafür. Die Autolenker in Paris sind wirkliche Künstler in ihrem Fach. Dort gibt es nicht wie in den Großstädten Deutschlands die rotglühenden Fahrzeichen an den Autos, die von weitem schon ankünden, ob sie nach rechts oder links oder geradeaus fahren wollen. Die Straßenpassanten in Paris schlängeln sich einfach zwischen die fahrenden Autos durch und die Autoführer nehmen bei aller Geschwindigkeit und Geschicklichkeit sehr, sehr große Rücksicht auf die Straße überquerenden Passanten; dabei hört man nirgends ein Schimpfwort, weder vom Autolenker, noch vom Passanten, noch vom Polizist. Der riesige Verkehr in den breiten Boulevards (Straßen) wickelt sich mit einer Ruhe ab, über die man immer wieder staunen muß. Wohl regeln an den Kreuzungen einzelne Polizisten den Verkehr oder Signalmasten tun es, und wenn man die in ein paar Minuten zusammengeballten Knäuel von Fuhrwerken überschaut, dann denkt man: die kommen überhaupt nicht wieder auseinander — und schon löst sich der Wirrwarr der Fuhrwerke wunderbar auf; eins überholt das andere mit einer verblüffenden ruhigen Virtuosität. Schreiber dieser Zeilen schlängelte sich auf dem Platze der Republik beim Stocken durch einen solchen Wagenknäuel und mittendrin im Knäuel kam dieser in Bewegung. In Deutschland hätte es von allen Seiten ein Donnerwetter gehagelt und ein Sipo hätte sicherlich den Frevler notiert, doch hier empfing ihn der Polizist mit freundlichem Lächeln und bat den „Musjöh" zu bleiben, bis der Verkehr wieder abstoppte.

Die elektrischen Bahnen kommen wenig vom Fleck, wer es eilig hat, darf darin nicht fahren. Man sieht in Paris verhältnismäßig wenig Radfahrer und auch wenig Motorräder. Das Autofahren ist billig, nur haben die Autofahrer die unangenehme Eigenschaft, wenn sie merken, daß man Paris nicht kennt und auch sonst fremd ist, dann machen sie große Umwege zu einem ganz nahen Ziel, damit die Taxe klettert.

Gebaut wird in Paris viel, aber verhältnismäßig wenig mit Beton, der letztere wird dann immer mit Naturstein verkleidet. Steinmetzmäßig bearbeiteter Beton oder Kunststein wurde nirgends festgestellt. Der französische Kalkstein „Savonier" beherrscht das Feld an den alten und den neuen Bauten. Die Ansichtsflächen der Werksteine werden in Paris erst nach Vollendung des Baues bearbeitet; es ist das gleiche Arbeitsverfahren wie bei den Nürnberger „Runterputzern". Wir sehen prächtige Marmorfassaden an den Geschäftshäusern, die eine schöner und farbenprächtiger wie die andere. Marmor wird in Paris überhaupt viel verwendet, und zwar Sorten, die man in Deutschland sehr selten sieht oder gar nicht kennt. Zufällig gerieten wir auch auf einen älteren Friedhof, was da an Gruftplatten und Sarkophagen aus nordischem Gestein zu sehen ist, übersteigt unsere Vorstellung. Fast alle diese Arbeiten bis in die Neuzeit sind deutschen Ursprungs, und zwar aus dem Fichtelgebirge. Dort bekannt unter der Bezeichnung „Französische Arbeit", die heute wegen dem hohen Einfuhrzoll und den in Frankreich entstandenen Konkurrenzbetrieben fast ganz ausgeschaltet ist. Gar mancher unserer oberfränkischen Kollegen hat sich durch diese ausgezeichnet exakte deutsche Granit-Arbeit in Paris verewigt. Schade ist nur, daß man an diesen unvergänglichen Zeugen deutscher Granitkunst nicht die liefernde Firma feststellen kann.

Nach alledem ist zu schließen, daß es in der französischen Hauptstadt eine ausgedehnte Steinindustrie geben muß und in der Tat sind in Paris beschäftigt ca. 2000 Steinhauer, wovon nur 500 organisiert, außerdem gibt's 500 Steinbildhauer, aber keiner organisiert. Marmorarbeiter sind etwa 400 bis 500 beschäftigt, davon 150 organisiert. Steinsetzer und Berufsgenossen gibt's über 1000 in Paris, organisiert ist keiner. Wohl haben alle diese Sparten Vereine, Lokalvereine, die alles andere sind, nur keine gewerkschaftliche Organisation in unserem Sinne. Das ist demnach kein erhebendes Bild; die vielen fremden Arbeitskräfte erschweren zweifellos noch die Organisationsmöglichkeiten. Von einem Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes, dem die Steinarbeiter organisatorisch angehören, wurde hervorgehoben, daß von den ausländischen Arbeitskräften eigentlich nur die sogenannten Hamburger Zimmerleute „die Schlipsgesellen" ihre Organisation hochhalten und sich in Frankreich korrekt an- und abmelden im französischen Bauarbeiterverband. Organisatorische Arbeit ist also unter den französischen Arbeitern noch sehr, sehr viel zu leisten, das schwierigste wird sein sie zu dauernder, regelmäßiger Beitragsleistung zu erziehen. Das ist übrigens bekannt, war schon in der Vorkriegszeit so.

Die alten und neuen Bauten zeugen von hochentwickelter Steinbearbeitung. Die berühmten historischen Bauwerke von Paris, die herrliche Gotische Kirche Notre-Dame aus dem 12. Jahrhundert, und all die anderen Bauten und Denkmäler aus späteren Jahrhunderten in allen Stilarten lassen sich nicht aufzählen, weil ihrer zuviele sind. Erwähnt sei nur der größte Triumphbogen der Welt, 50 Meter hoch, 45 Meter breit, 22 Meter tief, er stellt eine Verherrlichung des großen Napoleon dar. Unter diesem Bogen befindet sich seit 1921 das Grab des „Unbekannten Soldaten" aus dem Weltkrieg. Eine Flamme brennt dort Tag und Nacht und immer liegen frische Kränze darauf. Das ist wohl das würdigste Kriegerdenkmal mit tieferem Sinn, welches wir kennen.

Die alten Schlösser und Paläste sind ähnlich wie in Deutschlands Hauptstadt. Derselbe Wille hat sie im gleichen Stil errichten lassen; ein Beweis, wie die früheren Herrscher sich gegenseitig durch Prunkbauten zu überbieten versuchten. Ueber 30 Brücken verbinden die Seineufer, darunter prächtige Steinbrücken mit mächtigen Quadern und geschichtlichen Standbildern. Alles aus französischem Kalkstein hergestellt. Für Steinarbeiter zeigt Paris viel Schönes und die Verwitterung, die sogenannte Patina, gibt dem französischem Baustein ein immer frisches reines Ansehen.

Das Straßenpflaster zeigt dasselbe Bild wie Berlin. In der inneren Stadt viel Asphalt, aber auch gute Steinpflasterstraßen; besonders die Ausfallstraßen zeigen vortreffliches Klein- und Großpflaster.

Als Sehenswürdigkeit von Paris muß unbedingt der Eiffelturm erwähnt werden, jener gewaltige Eisenkonstruktionsbau aus Anlaß der Pariser Weltausstellung im Jahre 1889. Der Turm ist 300 Meter hoch. Ein Fahrstuhl fährt hinauf; in der 2. Etage ist

Eine Notmaßnahme ist folgende Entschließung:

In Anbetracht der großen langfristigen Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie und im Straßenbau beschließt der Vorstand des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, Sitz Leipzig, in seiner Sitzung vom 22. Oktober 1930,

allen seit mindestens einem Jahr gewerkschaftlich organisierten Verbandsmitgliedern, die in der Zeit vom 16. Dezember 1929 bis zum 13. Dezember 1930 mit oder ohne Unterbrechung 39 und mehr Wochen erwerbslos waren, folgende einmalige Sonderunterstützung auszuzahlen:

12 Mk. für ledige Kollegen.
15 Mk. für verheiratete Kollegen
16 Mk. für verheiratete Kollegen mit 1 Kinde.
17 Mk. für verheiratete Kollegen mit 2 Kindern.
18 Mk. für verheiratete Kollegen mit 3 Kindern.
19 Mk. für verheiratete Kollegen mit 4 Kindern.
20 Mk. für verheiratete Kollegen mit 5 u. mehr Kindern.

Etwaige restierende Beiträge sind von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

Bezieher von Verbands-Invalidenunterstützung scheiden von dieser Unterstützung aus.

Besondere Ausführungsbestimmungen gehen den Ortskassierern noch zu.

*

Die Invaliden-Unterstützung im Verband ist bekanntlich mit dem 1. Oktober 1930 in Kraft getreten. Es wird nun sicherlich die Verbandsangehörigen interessieren, wieviele Mitglieder und in welcher Staffel sie nun monatlich Unterstützung beziehen. Insgesamt sind es 1272 Kollegen, wovon 564 im Monat 9 Mk., 517 im Monat 12 Mk. und 191 monatlich 15 Mk. erhalten. Monatlich ist dafür die Ausgabe 14 145 Mk., im Jahr 169 740 Mk. Diese Ausgabe wird sich wahrscheinlich bedeutend erhöhen durch die Bestimmung im Statut:

„Den Hinterbliebenen von tödlich verunglückten Mitgliedern wird, wenn ihr Lebensunterhalt von dem Verstorbenen bestritten wurde, im Falle der Bezugsberechtigung neben der statutarischen Sterbefall-Unterstützung einmalig der Betrag ausgezahlt, der der Jahressumme entspricht, die der Verstorbene im Falle der Invalidität erhalten hätte."

Tödliche Unfälle sind besonders in der Steinindustrie nichts Seltenes und gleich in den ersten Tagen des Inkrafttretens der Invalidenunterstützung traten solche bedauerlichen Fälle ein. Neben dieser Art Abfindung läuft noch die übliche Sterbefall-Unterstützung, so daß die Hinterbliebenen bei solch traurigen Vorkommnissen nicht mit krasser Not zu rechnen brauchen.

Die vorstehenden Ziffern zeigen unseren Verbandsmitgliedern, die wirtschaftlich zu disponieren verstehen, daß es unangebracht ist, an den statutarischen Bestimmungen irgendwie zu ändern. Jahr für Jahr [illegible] Zahl der Unterstützungsempfänger erhält dauernd Zuzug; während die Gesamt-Mitgliederzahl infolge der schlechten Arbeitsmöglichkeit nicht stabil bleibt.

Zur Invalidenunterstützung selbst wäre noch zu sagen, daß zirka 130 Anträge abgewiesen werden mußten, weil die Voraussetzungen nicht erfüllt waren. Bei späterer Gelegenheit wird dann auch einmal dargelegt werden können, in welch großer Zahl durch künstliche Mittel, also Betrug, die Voraussetzungen geschaffen wurden, um die Verbandsunterstützung zu erlangen. Ganz unglaubliche Handlungen haben sich da ereignet und merkwürdigerweise fast immer in jenen Zahlstellen, die von der Einführung der Invalidenunterstützung nichts wissen wollten. „Theorie und Praxis" sind immer die Achse, um die sich solche Einrichtungen drehen; diese alte Erfahrung hat sich auch in diesem Falle wieder bestätigt. Doch abgesehen von dem allen ist die Invalidenunterstützung im Verbande zweifellos eine segensreiche Einrichtung, die ermöglicht wurde und wird durch den verhältnismäßig geringen Beitrag von 10 Pfg. pro Woche; so kann durch die Solidarität wirklich Gutes und Großes geschaffen werden. Der Kampfgeist, der Elan, den die Gewerkschaftsbewegung bei all ihren Handlungen nicht entbehren kann, der wird durch solche Einrichtungen eher gefördert als geschwächt.

Die Gefahren der Steinbruchsarbeit. Am 8. Oktober stürzte im Steinbruchbetriebe von Johann Schober in **Meißen,** Sa., der Kran infolge von Altersschwäche zusammen. Der Unternehmer bediente selbst den Kran und erlitt Arm- und Beinquetschungen.

Am 14. Oktober erfolgte im Staatsbruch zu Meißen ein tödlicher Unfall. Der Schießmeister A. K. wollte einen Schuß laden und war vorschriftsmäßig angeseilt. Plötzlich lösten sich über ihm Steine von der Wand; in Sicherheit konnte er sich nicht mehr bringen. Zirka 8 Kubikmeter Steine durchschlugen das Seil und rissen den Schießmeister in die Tiefe.

Arbeitslosigkeit im Steinarbeiterverband Ende September 1930

Von 785 Zahlstellen mit 63 293 Mitgliedern beteiligten sich an der Zählung 610 Zahlstellen mit 52 261 Mitgliedern. Nicht berichtet haben 175 Zahlstellen mit 11 032 Mitgliedern. In den berichtenden Zahlstellen waren 21 203 Kollegen arbeitslos, das sind 40,6 Prozent. Im Vormonat betrug die Arbeitslosigkeit 39,4 Prozent. Nach den Hauptberufsgruppen geordnet ergibt sich folgendes Bild:

	Gemeldete Mitglieder	Davon arbeitslos in Zahlen	Davon arbeitslos v. H.	im Vormonat v. H.
Steinarbeiter . .	37 778	15 435	40,8	38,9
Steinsetzer	14 483	5 768	39,8	40.6

Die Gesamtarbeitslosigkeit im Steinsetzgewerbe ist also unwesentlich zurückgegangen, woraus jedoch keine entsprechenden Schlüsse für die Zukunft zu ziehen sind.

Auf die einzelnen Landesarbeitsämter verteilt sich die Arbeitslosigkeit im Prozentverhältnis wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirke	Steinarbeiter Sept. v. H.	Steinarbeiter August v. H.	Steinsetzer Sept. v. H.	Steinsetzer August v. H.	Insgesamt Sept. v. H.	Insgesamt August v. H.
Rheinland	46,1	57,3	58,2	61,9	50,1	58,3
Westfalen	44,6	32,8	55.5	68,4	49,9	50,6
Brandenburg . . .	45,4	43,0	48,5	48,3	47,5	46,8
Schlesien	49.0	49,6	38,0	45,8	47,0	49,0
Sachsen	43,6	38,9	37.1	27,7	42,8	37,2
Hessen	38,6	35 6	56,2	55,3	42.4	39 5
Mitteldeutschland .	36,5	37,0	37.9	44,1	37,3	39,9
Niedersachsen . . .	32,5	21,4	37.8	34,8	34 9	28,0
Pommern	31,8	39,3	35 5	28,5	34,8	30.6
Bayern	31,3	39,3	26,6	33.4	34,8	30,6
Südwestdeutschland	34,7	30,7	35 5	28,5	33,9	30,9
Ostpreußen	33,6	28.7	26,6	33,4	33,8	28,7
Nordmark	22,7	68,7	39,0	28,1	33,5	47,0
	27,4	19,5	39,9	40.7	25.6	23,3
Reichsgebiet . . .	40,8	38,9	24,9	24,4	40,6	39,4

Es haben sich nach vorstehenden Ziffern wesentliche Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt vollzogen. Während Ostpreußen mit seiner Gesamtarbeitslosigkeit im Vormonat an 4. Stelle stand, ist es jetzt an die zweitgünstigste Stelle gerückt. Besonders die Steinarbeitergruppe Ostpreußens ist mit ihrer Arbeitslosigkeit von 68,7 auf 22,7 Prozent herabgesunken, während die Steinsetzergruppe nur unwesentlich profitierte. Die Gesamtarbeitslosigkeit in Ostpreußen ging von 47 auf 33,5 Prozent zurück. Zurück ging die Arbeitslosigkeit ferner im Rheinland (in beiden Gruppen), in Westfalen (in der Steinsetzergruppe), in Schlesien (in beiden Gruppen), in Mitteldeutschland (in beiden Gruppen), in Bayern (in der Steinsetzergruppe). Zunehmende Arbeitslosigkeit hat zu verzeichnen Brandenburg (in beiden Gruppen), Sachsen (in beiden Gruppen), Hessen (in beiden Gruppen), Niedersachsen (in beiden Gruppen), Pommern (in der Steinsetzergruppe), Bayern (in der Steinarbeitergruppe), Süddeutschland (in beiden Gruppen), Nordmark (in beiden Gruppen)

Das Schlimmste an der Arbeitslosigkeit ist neben ihrer Ausdehnung die bisherige lange Dauer und die geringe Aussicht auf eine baldige Besserung der wirtschoftlichen Verhältnisse. Da der Arbeitslosigkeit mit den bisherigen Mitteln nicht beizukommen ist, bleibt weiter nichts übrig, als eine zur Unterbringung der Arbeitslosen erforderliche Verkürzung der Arbeitszeit. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte denn auch in seiner Sitzung vom 14. Oktober d. J. bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und zur Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

Bis zu einer etwaigen gesetzlichen Neuregelung der Arbeitszeit ist es die Pflicht aller in Arbeit stehenden Kollegen, weder durch sogenanntes Wuchten, noch durch Ueberschreitung der tariflichen Normalarbeitszeit die Einstellung arbeitsloser Kollegen zu verhindern. **Uebt Solidarität!**

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gau IV und X (Gruppe Straßenbau). Der im Tarifstreit für das Steinsetzergewerbe Mitteldeutschlands gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen und hat mit Wirkung ab 17. Oktober 1930 Rechtskraft erlangt. Zunächst allerdings nur für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soweit sie Mitglieder der beiden Tariforganisationen sind. Der Wortlaut des Schiedsspruches befindet sich in Händen sämtlicher Zahlstellenvorstände und wird nach Neudruck allen in Frage kommenden Mitgliedern zugängig gemacht.

In **Eisenach** ist das Granitwerk der Firma Walter Conradus für Arbeitsuchende gesperrt wegen Tarifverschlechterung.

*

Frankreich. Der Steinarbeiterstreik in der Bretagne dauert unvermindert an. — Vom Arbeitsamt Kehl a. Rh. wird uns mitgeteilt, daß von deutschen Steinarbeitern Anmeldungen zur Arbeitsaufnahme im Streikgebiet vorliegen. Eine Vermittlung nach dort durch das betreffende Arbeitsamt erfolgt jedoch erst nach Beendigung des Streiks! Diese Vermittlung dauert bis zu 8 Wochen. — Kein deutscher Kollege darf während des Kampfes Arbeit nach dort annehmen.

*

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht versäumt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatlichen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

*

Zur Beachtung: Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Berlin-Brandenburg. Bezirkskonferenz am 14. Oktober 1930 im Gewerkschaftshaus. Die Konferenz wurde vom Kollegen Taege mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Bericht über die Lage im Gewerbe. 2. Kündigung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber. 3. Gewerkschaftliches. Das Protokoll der Konferenz vom 17. Juni 1930 nebst dem Schriftwechsel mit der Pressekommission in Sachen des Protokolls vom Februar 1930 wurde verlesen. Die Konferenz ist mit der Pressekommission derselben Meinung, daß die Angelegenheit erledigt ist. — Kollege Taege berichtete in längeren Ausführungen über die Lage im Gewerbe unter Berücksichtigung der besonders großen Arbeitslosigkeit im Tarifgebiet. Alle Eingaben von der Zentrale und Ortsverwaltung an Behörden und Ministerien sind gleich Null geblieben. Eine Verschärfung ist insofern noch eingetreten, daß nur Ortsansässige — in Berlin wohnende Kollegen — beschäftigt werden sollen. Die Schuld hierfür trifft aber nicht, wie die Kollegen behaupten, die Organisation, sondern es sind Verfügungen der Arbeitsämter. Die hieraus sich ergebende Unlust einzelner Kollegen gegenüber der Organisation, daß diese versagt habe, trifft durchaus nicht zu. Wenn sich vereinzelt Mitglieder an die Arbeitsämter wenden, ist es unzulässig und hinter dem Rücken der Organisation gehandelt. Wir haben alles versucht, stoßen aber auf die Bestimmungen der Arbeitsämter. — Die Diskussion über diesen Punkt war sehr ausgiebig und wurde von 13 Kollegen bestritten. — Als große Härte, vom Berliner Arbeitsgebiet ausgesperrt zu bleiben, empfinden es die Kollegen, die alt und grau geworden sind im Gewerbe, an der Grenze Berlins ihren Wohnsitz haben und keine Arbeit bekommen. Der Arbeitsnachweis, der in Zeiten der guten Konjunktur von den wenigsten benutzt, wurde gerade von denen, die heute nicht genug über die wenige Abberufung von Arbeitskräften wettern, in Anspruch genommen. Ueber die immer mehr zunehmende Verwendung von Asphalt und Teer im Straßenbau wurde Klage erhoben und gewünscht, mehr Propaganda, besonders für das Kleinpflaster, zu machen. — Im Schlußwort unterstrich Kollege Taege die bisherige Propaganda durch die Organisation für das Kleinpflaster und hob besonders den guten Vortrag des Kollegen Linke auf dem letzten Verbandstag hervor. Zur Kündigung des Tarifvertrages wurde das eingelaufene Schreiben der Arbeitgeber verlesen. — Anträge sind darin nicht enthalten. — In der Aussprache wurde auf unsere bereits gestellten Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit usw. nochmals hingewiesen. — Die am 28. September 1930 stattgefundene Gesellenausschußwahl endete mit einem Erfolg unserer Mitglieder. Die Anstrengungen der Gesellenvereinler waren umsonst! Es erhielten Stimmen: Kollege Döring 114, Kollege Altendorf 103, Kollege Ruscheck 84 und Kollege Wickel 72. Alle vier Kollegen sind mit gleichen Rechten gewählt. — In der weiteren Aussprache wurden Baustellenangelegenheiten vorgetragen, die inzwischen durch die Verwaltung erledigt wurden. — Zur Versteuerung der Wohlfahrtskassenbeiträge lag ein Schreiben vor, in dem darauf hingewiesen wurde, daß die Arbeitgeber [illegible] daß die Arbeitgeber hierfür keine Steuer abziehen dürfen, da der Gesamtbetrag mit 7 Prozent versteuert wird und die Arbeitgeber diese Steuer zurückbekommen. — Zum Schluß wurde auf den großen Wirtschaftskampf im Metallgewerbe hingewiesen und in einer Resolution den Metallarbeitern voller Erfolg gewünscht. Einem Antrage, 5000 Mark sofort zu bewilligen, konnte nicht stattgegeben werden, da die Kompetenz der Bezirkskonferenz hierzu nicht ausreicht. — Mit einem Dank an die Delegierten wurde die Konferenz 22.15 Uhr geschlossen. W. Sch.

Aue. Am 12. Oktober hielt die Zahlstelle eine Mitgliederversammlung ab, die leider schlecht besucht war, was der Vorsitzende Müller bemängelte. In Punkt 1 gab der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal bekannt, sie war geprüft und für richtig befunden. In Punkt 2 lagen einige Aufklärungsschreiben von der Gauleitung und von der Zentrale vor, die Diskussion zeitigte einige Unklarheiten. Der Vorsitzende wird beauftragt, Aufklärung vom Gauleiter einzuholen. Desgleichen entspann sich eine Aussprache über organisatorische Fragen. Von den übrigen Eingängen wurde Kenntnis genommen. Dann beschäftigt sich die Versammlung mit der Unterschlagung des früheren Kassierers Hoyer. Beschlossen wurde ein Antrag, Hoyer aus dem Verband auszuschließen und dieses im „Steinarbeiter" zu veröffentlichen, und den Hauptvorstand zu ersuchen, den Fall Hoyer zur gerichtlichen Austragung zu bringen. Durch die Unterschlagung haben wir zu tun, um die alten Mitglieder wieder zu gewinnen. Eine Anfrage betreffs der Invalidenunterstützung des Kollegen Trotz gab der Vorsitzende die bis jetzt geführte Korrespondenz mit dem Hauptvorstand sowie mit dem Verbandsausschuß bekannt. Unter „Verschiedenes" beschäftigte sich die Versammlung über Betriebsangelegenheiten. Wir haben in Aue einen Musterbetrieb, die Firma Rudolf Salzer. In diesem Betrieb ist kein Kollege organisiert, es sind alles Steinmetzen, die Salzer vom Arbeitsamt angefordert hat. Dort gibt es alle Sorten politischer Gesinnung, auch große Kampfhähne mit dabei. Salzer hat einen Tunnelbau, da werden die Arbeiter angetrieben von früh morgens bis spät abends, eine geregelte Arbeitszeit kennen die Firma sowie die Arbeiter nicht. Man kann die Beobachtung machen, daß abends im Dunkeln noch gearbeitet wird, gebohrt und verladen, wie leicht kann ein Unglück passieren. Die Hauptsache dort ist: genug Stunden schaffen, Lohn und Tarif sind Nebensache. Ein Anschlag, der besagt, Sonnabends wird bis 4 Uhr gearbeitet, und bis jetzt wurde dort drei Sonntage gearbeitet bis nachmittags 2 Uhr. Was der Unternehmer verlangt, wird gemacht. Die Arbeiter in diesem Betrieb müßten sich schämen vor den anderen Kollegen in anderen Betrieben und bei der großen Arbeitslosigkeit. Kommt ein organisierter Kollege in diesen Betrieb, der wird verhöhnt. Auch gibt es in diesem Betrieb besondere Zettel, aus denen kein Arbeiter klug wird, was er für seine Arbeit bekommt, wohl aber stehen darauf die Heringe und Bücklinge, die die Firma an die Arbeiter verkauft. Wir rufen den Arbeitern der Firma Salzer zu, besinnt euch endlich und kämpft mit uns in der Organisation.

Auch bei der Firma Gebrüder Zippel ist kein einziger Arbeiter mehr organisiert. Zippel war früher unser Bezirksleiter. Er müßte vor allen Dingen darauf sehen, daß seine Arbeiter organisiert sind.

Lyck. Am 4. Oktober 1930 hatte unsere Zahlstelle eine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Oertliche Angelegenheiten. 2. Verschiedenes. Nach Genehmigung der Tagesordnung wurden zwei Rundschreiben von der Bezirksleitung verlesen, worin Bezirksleiter ersucht, alle fälligen und rückständigen Bezirksbeiträge der Bezirksleitung zu überweisen, damit die Geschäfte des Bezirks nicht darunter leiden. Ueber die Erhebung der Bezirksbeiträge entspann sich unter den Mitgliedern eine ausgiebige Debatte. Kollege Dora als Vorsitzender verwies die Kollegen auf das Rundschreiben des Verbandsvorstandes vom 3. Mai 1930, worin es heißt, daß die ostpreußischen Kollegen für die sachlichen Bezirksunkosten selbst aufkommen müssen. Daraufhin wandte sich Kollege Gabriel in längeren Ausführungen gegen die weitere Erhebung der Bezirksbeiträge. Die wirtschaftliche Notlage erlaubt es den Kollegen nicht, den letzten Groschen zu nehmen. Fast sämtliche Kollegen der Zahlstelle Lyck haben dieses Jahr die Anwartschaft zur Arbeitslosenversicherung nicht erfüllt. Somit fallen sie der Wohlfahrtsfürsorge zur Last, wo die Familie etwa 7 Mark pro Woche bekommt. Bei der Abstimmung stimmten alle Kollegen, außer dem Vorsitzenden, gegen den Bezirksbeitrag. Ferner wurde der Vorsitzende beauftragt, sofort den Hauptvorstand sowie den Bezirksleiter davon in Kenntnis zu setzen, daß die Zahlstelle Lyck keinen Bezirksbeitrag weiter zahlen kann.

---

ein Restaurant. Von der obersten Etage genießt man einen herrlichen Ausblick auf Paris und sieht dessen planmäßige Straßenführung. Ein Hamburger Zimmermann der ebenfalls mit hinauf fuhr, war ganz verdutzt als er in Hamburger „Plattdütsch" angesprochen wurde und er war sichtlich erfreut als ihm beim Abschied einige Frank zugesteckt wurden. Man findet überall Landsleute, die europäische Welt ist tatsächlich klein.

Dem Pariser Verkehr dienen 7 Hauptbahnhöfe, die alle Kopfstationen sind. Im Stadtverkehr gibt's eine Untergrundbahn, auf der Seine vermitteln Dampfer den Verkehr. Ueber 30 000 Hotels, Cafés und Restaurants soll es in Paris geben.

In den Arbeitervierteln das gleiche Bild wie bei uns. Trübe Straßen, schlechte Wohnungen, karger Verdienst. Es gibt in Paris anscheinend keinen richtigen durchgehenden Ladenschluß, gibt auch keine Sonntagsruhe; sogar Sonntags ist Grünmarkt und auf den großen breiten Boulevards haben auch die Geschäfte ihre Auslagen geöffnet. Alle Nationen sind vertreten, besonders viel Neger, das bringen die Kolonien mit sich. Man sieht schick gekleidete Negerinnen genau so auf dem Grünmarkt sich Waren aussuchen wie die weißen Frauen. Viel Eigentümliches sieht man im Vergleich zu unseren Städten, aber man soll niemals in den Fehler fallen und sagen, „bei uns ist das besser!" Nein, man ist im Auslande, dort sind andere Zustände andere Methoden, die man zu respektieren hat. Weil es so ist und nicht anders hat dort auch alles seine bestimmten Gründe.

Bedauerlich bleibt nur immer der Sprachenunterschied; viele Feinheiten gehen dadurch dem Beobachter verloren. Wenn auch nur wenige Tage zur Besichtigung zur Verfügung standen, kann man doch nicht alles wiedergeben, was sich einprägt an Sitten und Gebräuchen aus dem Leben der Oeffentlichkeit. Festgehalten soll aber werden die ehrliche Empörung eines deutschsprechenden Franzosen über den Stahlhelmrummel in jenen Tagen am Rhein und über die Ruhmredigkeit der deutschen Nationalsozialisten. Es war wirklich ehrliche Empörung über eine evtl. Friedensstörung, nachdem die beiden großen Kulturstaaten und -Völker auf dem besten Wege sind, im Interesse der arbeitenden Menschen und Wirtschaft zu dauernden Freunden zu werden. Der Betreffende war kein Sozialist, kein Gewerkschafter, sondern ein Geschäftsmann, trotzdem war er überzeugt, daß Deutschlands sozialistische Bewegung und die Gewerkschaften mit diesen nationalsozialistischen Störungen fertig werden, zum Besten der beiden Nationen, die nach seiner Auffassung niemals wieder Krieg führen dürften. Nebenbei gesagt, mußte ich noch eine deutsche Spießerseele, die von Paris mit zurückfuhr und im Beisein des Franzosen recht schadenfroh über das englische Luftschiffunglück urteilte, ganz gehörig zurechtstauchen. Und an der Zollgrenze zeigte sich die wahre Natur dieses Helden, denn er hat beinahe in die Hosen gemacht, weil er etwas Zollbares bei sich hatte, was von Zollbeamten leider nicht entdeckt wurde. Reinlegen wollte ich ihn nicht, denn wir Wilden sind doch bessere Menschen, aber seinen Spiegel habe ich ihm dann bei der Weiterfahrt vorgehalten, in den er doch recht verdutzt hineingeschaut hat. Er war ein Architekt aus Mittelfranken, früherer Heimkrieger zum Ausbilden von Luftschiffbesatzungen. Diese Art Leute sind meistens unbelehrbar, und wenn sie erzählen, dann nur vom Krieg und ihren angeblichen Erlebnissen. Den heutigen Verhältnissen stehen sie recht doof gegenüber.

Ich wünsche, jedes Verbandsmitglied hätte auch einmal die Möglichkeit, Paris kennen zu lernen. H. S.

Rundschau

13,55 Millionen für Straßenbauten in — Berlin. Wie der „Vorwärts“ unter dem 21. Oktober berichtet, hat der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung eine Dringlichkeitsvorlage zugehen lassen, in der er um Zustimmung zu der Ausführung von Notstandsarbeiten auf dem Gebiete des Straßenbaues in Höhe von 13,55 Millionen Mark bittet.

Im Hinblick auf die außerordentlich große und immer noch steigende Arbeitslosigkeit in Berlin hält es der Magistrat für notwendig, daß auch von der Stadt geeignete Maßnahmen getroffen werden, die Arbeitslosigkeit zu lindern. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in Berlin im Monat September rund 346 000. Besonders schwierig liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Straßenbaues, weil im letzten Jahre nur ein geringer Betrag für Straßenneu- und -umbauten zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die Folgen dieses Rückganges an Aufträgen haben eine katastrophale Arbeitslosigkeit für Facharbeiter im Straßenbau nach sich gezogen. Zirka 2000 Steinsetzer, Rammer und Asphalteure haben seit November 1929 nicht einen Tag gearbeitet, sind deshalb ausgesteuert und fallen der öffentlichen Wohlfahrtspflege, d. h. also der Stadt Berlin, zur Last. Dieses Schicksal teilen andere Arbeiter, die sonst neben den Facharbeitern als Hilfsarbeiter im Straßenbau Verwendung fanden.

Die Versuche des Reiches, den Straßenbau in Gang zu bringen, versprechen für dieses Jahr kaum Erfolg. Schnelle Hilfe ist aber notwendig. Der Magistrat hat deshalb von der Tiefbaudeputation ein Notstandsprogramm für den Straßenbau aufstellen lassen, das mit einer Summe von 13,55 Millionen Mark abschließt.

*

Die Finanzierung soll in folgender Weise geregelt werden: Bei einer Leistung von 350 000 Arbeitslosentagewerken beträgt der verlorene Zuschuß der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung rund 1 Million Mark. Als verstärkte Förderung werden von Reich und Staat je 2 Millionen Mark, im ganzen also 4 Millionen Mark durch Darlehen gedeckt. Dieses Darlehen ist nach den heutigen Bestimmungen mit 5 Prozent zu verzinsen und in 25 Jahren zu tilgen. 1,6 Millionen Mark sollen gedeckt werden aus Mitteln, die in gleicher Höhe im außerordentlichen Haushalt für 1930 für die Brücke im Messegelände und Meliorationen zur Verfügung stehen, die aber für diese Zwecke nicht verausgabt werden. Der Restbetrag von 7 Millionen Mark soll durch die Verbände der Straßenbaufirmen in der Weise beschafft werden, daß sie die Bezahlung der von ihnen geleisteten Arbeiten bis zur Höhe dieses Betrages stunden. Die Leistungen werden nach Fertigstellung der einzelnen Aufträge mit 7 Prozent pro Jahr verzinst. Die Bezahlung der gestundeten Beträge soll in gleichen vierteljährlichen Raten am 15. April 1932 beginnen, spätestens am 15. Januar 1937 beendet sein. Die Arbeiten werden zu den ortsüblichen Preisen vergeben.

Die Helfershelfer des Großkapitals. Der Streik der Berliner Metallarbeiter bringt auch eine Scheidung der Geister im bürgerlichen Lager. Während die große demokratische Presse im allgemeinen den Kampf der Metallarbeiter gerecht zu beurteilen und Sympathie für die Streikenden zu wecken versucht, tritt ein anderer Teil der bürgerlichen Presse rückhaltlos auf die Seite der Unternehmer. Zu dieser Sorte gehört auch die in Hamburg erscheinende Wochenschrift „Wirtschaftsdienst“. In ihrer Nummer vom 17. Oktober schreibt der bekannte Egon Bandmann, der auch in der sozialdemokratischen Partei eine Gastrolle gab, dort aber früh genug hinausgeworfen wurde, u. a. folgendes:

„Wir glauben, daß der Schlichter volle Anerkennung seitens aller Kreise verdient, die seit langem die Notwendigkeit einer Lohnkürzung als des wirksamsten Mittels zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit empfohlen haben. Ohne Berücksichtigung der Akkordzuschläge betragen die Bruttoverdienste in der Metallindustrie nach dem Schiedsspruch für qualifizierte Facharbeiter etwa 49,50, für Transportarbeiter rund 37 RM, während Arbeiterinnen 30,50 RM je Woche erhalten werden. Von diesen Wochenlöhnen werden die Steuern und die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Wir können, bei voller wöchentlicher Beschäftigung, diese Löhne nicht als ungenügend bezeichnen.“

Ein Wochenverdienst von 30 bis 49 Mark für schwere Arbeit hält dieser Lakai des Großkapitals als durchaus genügend. Es ist gut, daß einige Zeitungen und Zeitschriften durch den Metallarbeiterstreik Gelegenheit haben, ihr wahres Gesicht zu zeigen.

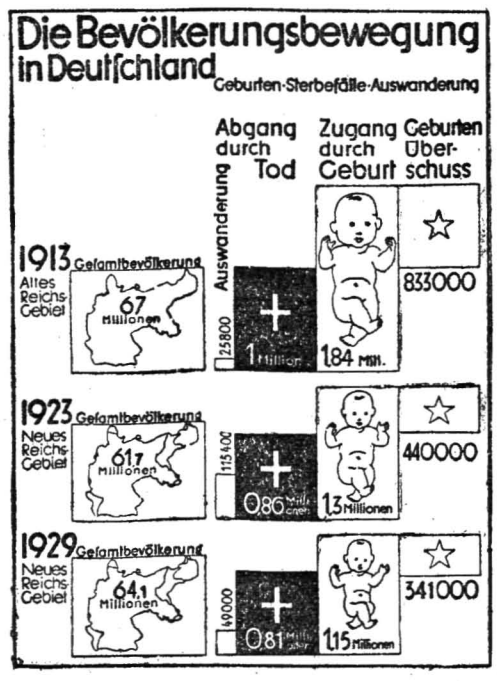
Sozialisierungspläne Hitlers! In einem Gespräch über die Frage der Sozialisierung führte im Mai dieses Jahres Herr Hitler folgendes aus:

„Der Ausdruck Sozialismus ist an sich schlecht —, vor allem aber heißt das nicht, daß diese Betriebe sozialisiert werden müssen, sondern nur, daß sie sozialisiert werden können, dann nämlich, wenn sie gegen das Interesse der Nation verstoßen. Solange sie das nicht tun, wäre es einfach ein Verbrechen, die Wirtschaft zu zerstören.“

Wer entscheidet, ob ein Verstoß gegen das „Interesse der Nation“ vorliegt? Es hat noch keinen Unternehmer gegeben, der nicht behauptet (und dem nicht bürgerliche Universitätsprofessoren „bewiesen“) hätten, daß alles das, was die Wirtschaft tut, einzig und allein im „Interesse der Nation“ geschieht. — Wer entscheidet? Es entscheidet der (kapitalistische) Staat, der vom Unternehmertum getragen wird und dieses trägt. Und Herr Hitler fährt bezeichnenderweise fort:

„Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können: den Faschismus! Genau so, wie die Faschisten dies bereits durchgeführt haben, werden auch in unserem nationalsozialistischen Staat Unternehmertum und Arbeiterschaft gleichberechtigt nebeneinander stehen, während der starke Staat bei Streitigkeiten die Entscheidung fällt und dafür sorgt, daß nicht Wirtschaftskämpfe das Leben der Nation gefährden (auf Streik steht die Todesstrafe! sagt das nationalsozialistische Programm!).“

Ueber alles stellt Herr Hitler „den“ Staat, der auch unter dem Hakenkreuz dank der Uebermacht des Kapitals, die zu brechen Hitler in aller Deutlichkeit ablehnt, vom Unternehmertum beherrscht sein und gegen Arbeiter und Angestellte regieren wird. — Einen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus gibt es überhaupt nicht; dieser sogenannte Unterschied ist, wie Hitler seine Rede schließt, nur ein — „Schreibtischunterschied“!!!



Die Zahl der Bevölkerungsvermehrung geht in den meisten europäischen Ländern immer weiter zurück. So in England, Ungarn, Litauen und der Schweiz, während in Frankreich, Schottland, Irland, der Tschechoslowakei und Italien im allgemeinen in der Nachkriegszeit der Geburtenüberschuß gleich blieb. Nur noch zwei Drittel der Anzahl der Kinder wie 1913 werden heute in Deutschland geboren. Der Geburtenüberschuß ist in Deutschland niedriger als die Hälfte der Vorkriegszeit. Ein kleiner Ausgleich in der Bevölkerungszahl entsteht dadurch, daß heute verhältnismäßig weniger Leute sterben als früher. Die durchschnittliche Lebensdauer war 1901 bis 1910 für Frauen 48 Jahre, 1924 bis 1928 zirka 58 Jahre, für Männer vor dem Kriege 44 Jahre, heute zirka 57 Jahre.

Wichtigste Voraussetzung: Senkung der Löhne und Gehälter. Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat zu dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung Stellung genommen. Es war nicht zweifelhaft, daß diese bedeutsamste Spitzenorganisation des deutschen Unternehmertums das Programm der Regierung im großen und ganzen gutheißt. Der Plan wird als einer ersten Schritt bezeichnet, die öffentlichen Finanzen Deutschlands in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftspolitik den Verhältnissen anzupassen. Der Grundgedanke des Programms wird als richtig anerkannt. Die Wiedereinfügung des Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß ist nach dem Reichsverband nur möglich, wenn die Höhe der öffentlichen Ausgaben und aller Bestandteile der Produktionskosten nicht mehr hemmend im Wege stehen. Dann kommt der Clou des ganzen:

„Neben der Einschränkung der Personalausgaben der öffentlichen Verwaltung ist dabei eine der Lage des jeweiligen Wirtschaftszweiges angepaßte Herabsetzung der Löhne und Bezüge aller in der Privatwirtschaft Tätigen wichtigste Voraussetzung. Wenn es gelingt, auf diesem Wege die Produktionskosten zu vermindern und den Preisabbau zu sichern, dann bedeutet die Herabsetzung von Löhnen und Gehältern keine Verminderung der Kaufkraft und keine Beeinträchtigung der Lebenshaltung. Vielmehr bewirkt die dadurch ermöglichte Wiedereingliederung der Arbeitslosen in das Erwerbsleben eine Erhöhung der Gesamtkaufkraft und der des Einzelnen.“

Eine andere Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat niemand erwartet. Ein Generalangriff auf die Löhne und Gehälter in der gesamten Privatwirtschaft war als Folge des Regierungsprogramms vorauszusehen. Die Unternehmer haben schon lange auf dieses Stichwort gewartet. Deshalb werden sie eine Offensive gegen die Arbeiterschaft entfesseln, wie sie bis dahin nicht zu verzeichnen war. Wir werden sehen, wie die Arbeiterschaft auf dieses Vorgehen der Unternehmer reagiert. Finden sie sich nicht mit den Gewerkschaften zusammen, um ihren sozialen Lebensstandard zu schützen, dann ist die deutsche Arbeiterschaft in der Tat keine andere Behandlung wert. Wir vertrauen aber noch immer auf den gesunden Sinn der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, daß sie mit uns in der Abwehrfront geschlossen zusammensteht. Ein Hundsfott derjenige, der nicht seine ganze Kraft einsetzt.

Wohnungsnot und Geschlechtsmoral. Auf dem Kongreß der Weltliga für Sexualreform, der kürzlich in Wien stattfand, wurde auch das Thema Wohnungsnot und Sexualreform erörtert. Der Redner zu diesem Thema brachte ein ausführliches Zahlenmaterial über das ungeheure Wohnungselend, welches erschreckende Entartungserscheinungen auf dem Gebiete des Geschlechtslebens zur Folge gehabt hat. So gab es z. B. in Wien 1919 390 000 Kleinwohnungen, von denen 59 000 nur aus einem Kabinett, 203 000 aus einem Zimmer und 128 000 aus einem Zimmer und einem Kabinett bestand. Vor dem Kriege betrug die durchschnittliche Besetzung eines Zimmers in Wien 4,5 Personen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat durch den Bau von 45 000 neuen Wohnungen die durchschnittliche Besetzungsziffer auf 3,1 herabgedrückt. Von 7000 festgestellten Tuberkulosen schliefen 17,5 v. H. allein; 26 v. H. mit einer und 21 v. H. mit zwei Personen in einem Bett; 34 v. H. der ermittelten geschlechtskranken Kinder waren in Wien von Eltern und Geschwistern angesteckt. Aehnliche Beispiele lassen sich aus jeder Großstadt herbeibringen. Der Kongreß kam zu der Ueberzeugung, daß die Beseitigung der Unmoral und die Herabdrückung der Ziffern der Geschlechtskrankheiten durch die Schaffung von auskömmlichen Wohnungen möglich ist.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

Am 2. November in Grünberg um 9 Uhr bei Tschau.
In **Hirschberg,** Steinsetzer und Rammer um 14 Uhr im Lokal zur alten Hoffnung.

Am 4. November in Mainz, Goldener Pflug, gleich nach Arbeitsschluß.

*

Steinsetzer, Gau I. Wohlfahrtseinrichtung, Bezirk Uckermark. Mit dem 15. November 1930 endet das Geschäftsjahr. Die Kollegen, die noch in Arbeit stehen, haben von den Arbeitgebern die Wohlfahrtsbücher mit Abschluß der Lohnwoche (15. November) abzufordern. Sämtliche Wohlfahrtsbücher sind bis zum 23. November zur Verrechnung an den Obmann Karl Lehnhardt, Prenzlau, Winterfeldstraße 5, abzuliefern.

Gau 4. Bezirk 8, Thüringen—Erfurt. Zahlstellen, die den für Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter in Frage kommenden Bezirksbeitrag (pro Mitglied und Quartal 25 Pfg.) noch nicht abgeführt haben, werden aufgefordert, es umgehend zu tun. — Einige Zahlstellen haben für dieses Jahr noch gar nichts abgeführt, diese werden besonders ermahnt. Die Adresse des Bezirkskassierers ist nach wie vor: Karl Seeber, Erfurt, Seydlitzstraße 15.

Halle a. d. S. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden jeden Dienstag nach dem Monatsersten im Volkspark statt. (Für Monat November jedoch fällt die Versammlung aus.)

*

Oertlicher Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Gudensberg (Bez. Kassel), Flensburg, Zittau, Annen, Ferdinandshof, Gnadenfrei.

Adressenänderungen

1. Gau: **Greifenberg/Pomm.** Kass.: Reinhold Zinke, Rottower Straße, Neubau.
3. Gau: **Meißen.** Vors.: Hermann Bauer, Gustav-Graf-Straße Nr. 2, II.
8. Gau: **Kembach.** Kass.: Andreas Weimer. — **Oberriedenberg.** Kass.: Hugo Becker.
9. Gau: **Villmar.** Vors.: Jos. Ackermann, Kalkstraße 119.
10. Gau: **Wernswig.** Kass.: Nikolaus Krings, Neue Straße 137.

Briefkasten

Khs. El. Nach den von Dir mitgeteilten Daten ist das Verlangen der Gemeinde rechtlich nicht begründet; sie muß auch mindestens die Paragraphen des Gesetzes angeben, worauf sie ihr Verlangen stützt. — Die Anerkennung der Aufwertung beginnt von einem gewissen Zeitpunkt an. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 13. März 1925 liegt dieser Zeitpunkt Ende Dezember 1921. — Aber auch sonst ist das Verlangen der Gemeinde ganz unberechtigt; denn der Einkauf in die Gemeinde ist doch kein Darlehens- oder Schuldakt, sondern wird durch die Bezahlung der vorgeschriebenen Gebühr endgültig abgeschlossen. Mit demselben Recht könnte heute zu Dir jeder aus dem Jahre 1921 kommen, mit dem Du irgendein Geschäft abgeschlossen hast, und Aufwertung verlangen. — Die Gemeinde sucht gewiß auf falschem Wege Einnahmequellen? Lehne die „Aufwertung“ mit entsprechender Begründung ab. Ueber den Verlauf gib mir Bescheid.

Bücher und Zeitschriften

10 Jahre Freigewerkschaftliches Seminar Köln am Rhein. 94 Seiten, Berlin 1930, Preis kartoniert 2,20 Mark, Organisationspreis 1,50 Mark. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Stätten und Formen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“ heißt eine Schriftenreihe des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die soeben mit dem Heft 1 erscheint. Dieses Heft ist eine Jubiläumsschrift anläßlich des 10jährigen Bestehens des Freigewerkschaftlichen Seminars in Köln am Rhein. In ihr werden Aufbau, Arbeit und weitere Ziele der von den örtlichen freien Gewerkschaften Kölns ins Leben gerufenen Bildungsstätte ausführlich behandelt. Es wird ausführlich geschildert, welche Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterbildung geleistet wurde und noch zu leisten ist.

Alle näher und ferner Beteiligten an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, sowie auch allgemein sozialpädagogisch interessierte Kreise werden aus den 10jährigen Erfahrungen des Kölner Arbeiterseminars lernen können.

Illustrierte Reichsbanner-Zeitung. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postanstalten und Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob“ ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

Anzeigen

Achtung! Zahlstelle Groß-Berlin

Montag, 10. November, pünktlich um 18 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses die fällige Vierteljahresversammlung für alle der Zahlstelle Groß-Berlin angeschlossenen Berufsgruppen. Tagesordnung: 1. Vortrag über Volksfürsorge. 2. Bericht vom 3. Quartal 1930. Bericht über die getroffenen Maßnahmen zur Behebung der Erwerslosigkeit. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Regen Besuch erwartet

die Ortsverwaltung. I. A. Gustav Nitsche.

Spandau

Nächste Mitgliederversammlung am **Montag, 3. November,** um 19.30 Uhr, bei W. Höpfner, Spandau, Pichelsdorfer Str. 5. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Bedeutung der Berufsberatung. Referent: Kollege F. Zart, Spandau. 2. Bericht von der Sitzung der Gewerkschaftsunterkommission Spandau vom 13. Oktober 1930. 3. Bericht von der Bezirkskonferenz des Tarifbezirks Groß-Berlin vom 14. Oktober 1930 und Stellungnahme dazu. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. In Anbetracht der Fülle und Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung. I. A.: P. Baum.

Achtung!
Steinsetzer und Berufsgenossen im Tarifbezirk Groß-Berlin und Brandenburg

Durch Rundschreiben sind die Arbeitgeber benachrichtigt, daß die Wohlfahrtsbücher für dieses Jahr zum 5. November ordnungsgemäß abzuschließen und bei der Lohnzahlung am **7. November den Arbeitnehmern auszuhändigen sind.**

Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden genau eingetragen und dementsprechende Marken geklebt sind.

Des weiteren ist darauf zu achten, daß Name, Geburtsdatum, Beruf und Adresse auf der Titelseite deutlich vermerkt sind. Etwaige Unrichtigkeiten sind sofort der Firma mitzuteilen, evtl. muß die Ortsverwaltung benachrichtigt werden.

Vom **10. November bis 18. November** werden die Bücher im Ortsbüro, Engelufer 25, Zimmer 47, entgegengenommen.

Wohlfahrtbücher, die bis zum 18. November d. J. nicht abgeliefert sind, verlieren ihre Gültigkeit und werden unter keinen Umständen verrechnet.

Jeder Kollege hat sich über das abgegebene Wohlfahrtsbuch eine Quittung geben zu lassen.

Ohne Quittung erfolgt später keine Auszahlung.

Die Auszahlungstermine werden später an dieser Stelle bekanntgegeben.

Der Obmann der Schlichtungskommission.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6,50 Mk., **Maurersocken** 1.20 Mk. Echt Lindner-**Manchesterhosen** Qual. I 17.—, II 13.-, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u Muster gratis.
Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterst. 2

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Bunzlau** am 6. Oktober der Brecher Heinrich Fornfeist, 47 Jahre alt, ein Jahr 3 Monate krank, Staublunge.

In **Mayen** am 14. Oktober der Steinhauer Joseph Feilzer, 53 Jahre alt, an einer Operation.

In **Goldberg** am 14. Oktober der Brecher Bruno Weise, 38 Jahre alt, tödlicher Unfall.

In **Bremen** am 17. Oktober der Schleifer Dietrich Röhrs, 53 Jahre alt, 4 Wochen krank, Schlaganfall.

In **Nordhausen** am 18. Oktober der Steinsetzer Karl Thiel, 46 Jahre alt, tödlicher Autounfall.

In **Cunewalde** am 22. Oktober der Granitsteinmetz Wilhelm Heinze, 57 Jahre alt, 6 Monate krank, Magenkrebs.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold, **Verlag** Ernst Winckler, beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, **Leipzig.**

Sonnabend, 1. November 1930 **Der Steinarbeiter** 34. Jahrgang, Nummer 44

Der Bundesausschuß zur gegenwärtigen Lage II. (Schluß.)

In der eingehenden Aussprache, die sich an das Referat von Leipart anschloß, wurde mit aller Entschiedenheit betont, daß der Ausgang der Wahlen vom 14. September die Aktionskraft der Gewerkschaften auf ihrem eigentlichen Tätigkeitsfelde in keiner Weise geschwächt habe. Sie haben daher keinen Grund, zu ihrer Kraft ein geringeres Vertrauen zu haben als vorher. Nicht dieses Wahlergebnis, sondern die schwere Wirtschaftskrise, die schon seit über einem Jahr auf Deutschland lastet, erschwert es ihnen, dem Unternehmertum und der unter seinem Einfluß stehenden Regierung mit dem äußersten Nachdruck entgegenzutreten.

Der Gemeindeanteil an den Steueraufkommen ist im Verhältnis zu den Anteilen von Reich und Ländern gesunken. An Hand von Beispielen wurde gezeigt, wie ungünstig sich durch die starke finanzielle Belastung der Gemeinden die Behinderung der Kreditbeschaffung auf ihre Finanzgebarung auswirke. Es wurde daher entschieden die Möglichkeit einer großzügigen Kreditbeschaffung für die Gemeinden gefordert.

Ohne Zweifel sei es auch notwendig, die Frage der übermäßig hohen Gehälter aufzugreifen und für eine Höchstgrenze der Pensionen von 12 000 Reichsmark einzutreten. Wenn die Gehaltskürzung schon nicht vermieden werden könne, so müsse nach Möglichkeit ihre progressive Staffelung erreicht und vor allem eine Erhöhung der Freigrenze von 1500 auf 2000 Reichsmark durchgesetzt werden.

Das Programm des Reichsarbeitsministeriums zur Wohnungswirtschaft wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es bedeutet eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit und ist für die Bauarbeiter doppelt belastend. Es sei kaum anzunehmen, daß die Steuersenkung, für deren Durchführung die Reichsregierung die 400 Millionen aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer verwenden will, sich praktisch in einer Steigerung der Unternehmerinitiative auswirke. Vielmehr ist zu befürchten, daß die Arbeitslosigkeit wächst, wenn dieses Programm durchgeführt wird. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln können in den kommenden Jahren bis 1936 vielleicht 600 000 Wohnungen gebaut werden, denen ein Bedarf von etwa 1¼ Millionen Wohnungen bis zum Ablauf der Hauszinssteuer gegenübersteht. Es könne keine Rede davon sein, daß der freie Wohnungsmarkt mehr als höchstens 25 000 Wohnungen jährlich finanzieren könne. Das Wohnungsbauprogramm dürfe nicht beschnitten, seine Durchführung nicht behindert, es müsse vielmehr dafür gesorgt werden, den ausländischen Kapitalmarkt für den Wohnungsbau mit zu erschließen.

Von verschiedenen Rednern wurde gefordert, daß der Bundesausschuß sich mit aller Energie gegen den Abbau der Löhne, namentlich gegen den Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie, wende. Es könne keinem Zweifel unterliegen, daß es sich bei dem Vorgehen der Metallindustrie nicht um eine Sache handle, die nur die Metallarbeiter angehe, denn die Lohnkürzung der Metallarbeiter würde nur das Signal sein für eine Kampagne, die sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet. Im einzelnen wurde darauf hingewiesen, daß die Lage der Metallindustrie, insbesondere im Vergleich ihrer Exportziffern mit denen der ausländischen Konkurrenz, sowie mit der Lohnhöhe der ausländischen Arbeiter, den Abbau der deutschen Metallarbeiterlöhne in keiner Weise rechtfertigt, ganz abgesehen von den politischen und psychologischen Erwägungen, die für eine Verlängerung des Tarifvertrages bis zum Frühjahr sprachen. Nachdrücklich wurde betont, daß für die von seiten des Metallarbeiterverbandes beigebrachten Argumente auch eine Reihe von Unternehmern der Berliner Metallindustrie Verständnis zeigten. Der Schiedsspruch sei daher sachlich wie taktisch gleicherweise eine Fehlentscheidung.

Im Baugewerbe liegen Beweise dafür vor, daß ein Lohnabbau nicht zur Wirtschaftsbelebung führt. In einigen Bezirken, wo vor Jahren Lohnsenkungen durchgeführt wurden, trat unmittelbar darauf größere Arbeitslosigkeit auf.

In der Debatte über die Frage der Arbeitszeitverkürzung wurde sowohl die arbeitsmarktpolitische Bedeutung dieser Maßnahme gewürdigt wie auch die Notwendigkeit betont, die Durchführung der Arbeitszeitverkürzung im einzelnen an die Bedürfnisse der Betriebe anzupassen. Es wird von den Bedürfnissen des Betriebes abhängen, ob eine Verkürzung um täglich eine Stunde durchzuführen ist, oder ob die 40stündige Arbeitszeit auf 5 Arbeitstage wöchentlich zu konzentrieren ist. In Betrieben mit durchgehender Arbeit wird an die Schaffung 6stündiger Arbeitsschichten zu denken sein, so daß in diesem Falle eine Gesamtarbeitszeit von 36 Stunden wöchentlich in Frage käme. Für kontinuierliche Betriebe würde eine siebenmal 6stündige Arbeitszeit, gleich 42 Stunden, möglich sein. Die Einzelheiten einer gesetzlichen Regelung festzulegen ist Aufgabe der parlamentarischen Verhandlungen. In der Debatte wurde auch auf den Uebelstand hingewiesen, daß noch heute selbst die 48stündige Arbeitszeit weitgehend durch Ueberstunden überschritten wird. Die Zulassung von Ueberarbeit durch die Aufsichtsbehörden wurde scharf kritisiert, ebenso die mangelnde Kontrolle.

Prietzel (Musiker-Verband) wandte sich gegen die Schwarzarbeit, unter der besonders die Berufsmusiker leiden. Er erwartet von den Gewerkschaftsmitgliedern, daß sie sich überall dagegen wenden, daß in ihrem Hauptberuf vollbeschäftigte Arbeitnehmer nebenher als Musiker tätig sind. Auch von anderen Verbandsvertretern wurde eine eingehende Prüfung der Frage gefordert, inwieweit gesetzliche Maßnahmen durchführbar seien, um zu verhindern, daß unter Ueberschreitung der Normalarbeitszeit viele Arbeitnehmer neben ihrer hauptberuflichen Beschäftigung auch in anderen Berufen tätig sind.

Nachdem bereits in der Oeffentlichkeit, und zwar von hervorragender Seite, die Herabsetzung der Dauer der Arbeitslosenunterstützung als Mittel zur Sanierung der Reichsanstalt erörtert wurde, sei auch die Abwehr dieser Absichten ein Erfordernis der Stunde. Die Politik der Arbeiterbewegung muß so gehalten sein, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft nicht verletzt werde. In der gegenwärtigen Lage müssen die Gewerkschaften von der Fraktion des Reichstages erwarten, daß sie alles tut, was geeignet ist, die Rechte und die Lebensinteressen der Arbeiterschaft vor dauerndem Schaden zu bewahren — ohne Rücksicht auf momentane Stimmungen. Die wirtschaftliche Situation ist aufs äußerste zugespitzt, wie das Sinken des Absatzes im Innern und der Rückgang der Ausfuhr zeigen. Es ist eine Senkung der Rohstoffpreise zu verzeichnen, der keine entsprechende Senkung des täglichen Bedarfs gegenübersteht. Die Hemmungen, die einer gesunden Gestaltung der Preise für alle Artikel des täglichen Konsums entgegenstehen, müssen beseitigt werden. Es liegen Aeußerungen aus Unternehmerkreisen vor, aus denen sich ergibt, daß die Unternehmer nicht die Absicht haben, gleichzeitig mit der von ihnen angestrebten Beseitigung der Bindungen auf dem Gebiete der Lohnregelung auch die kartellmäßigen Preisbindungen zu lösen. Von der Regierung müssen daher Schritte zur Entlastung der Lebenshaltungskosten gefordert werden.

Um die ungeheuren Verpflichtungen an Kreditzinsen und Reparationslasten, die auf Deutschland ruhen, einzuhalten, müsse die deutsche Wirtschaft ihre Ausfuhr gewaltig steigern. Eine Steigerung der Ausfuhr in dem notwendigen Ausmaß ist aber völlig unmöglich.

Alle Verbandsvertreter hielten daher den Zeitpunkt für gekommen, diese Tatsache offen auszusprechen und die verantwortlichen Führer der Wirtschaft ebenso wie die Staatsmänner in den großen europäischen Staaten und Amerika mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen, daß man endlich, fast anderthalb Jahrzehnte nach dem Kriege, die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft von den Fesseln befreien müsse, durch die man die Bewegungsfreiheit der einen wie der anderen gelähmt hat. Die wirtschaftliche Vernunft müsse endgültig die politischen Vorurteile überwinden, die nicht zuletzt die epidemische Arbeitslosigkeit mit verschulden. Am Schluß der Aussprache nahm der Bundesausschuß einstimmig eine Entschließung zur Wirtschafts- und Finanzkrise an, deren Wortlaut an der Spitze dieses Heftes bekannt geben.

In der Diskussion war auch die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht notwendig sei, Sonderunterstützungen namentlich für arbeitslose ausgesteuerte Gewerkschaftsmitglieder einzuführen. Auf Vorschlag von Leipart wurde beschlossen: für die Zeit bis zum 1. April werden alle früheren Beschlüsse, die Sonderunterstützungen ausschließen, aufgehoben. Den Verbänden steht es frei, nach eigenem Entschluß, je nach ihren besonderen Verhältnissen und Möglichkeiten, außerordentliche Unterstützungen an Arbeitslose zu zahlen und Extrabeiträge dafür zu erheben.

Alsdann wurde eine Entschließung zu dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie zur Erörterung gestellt, die der Ausschuß einstimmig annahm.

Am Schluß der Tagung sprach Leipart allen Teilnehmern den Dank des Vorstandes für ihre Mitarbeit aus. So oft die Kollegen Gelegenheit haben, zu den Arbeitern zu reden, werden sie der Ueberzeugung Ausdruck geben können, daß die Macht der Gewerkschaften unerschüttert geblieben ist, ebenso ihr Wille, die Machtmittel der Bewegung zum Nutzen der Arbeiterschaft einzusetzen. Engels hat gesagt, daß die Geschichte der Arbeiterbewegung sich als eine Reihe von Niederlagen, unterbrochen von wenigen Siegen, darstelle. Trotz aller Nöte der Gegenwart muß die große aufsteigende Linie der deutschen Arbeiterbewegung allen, die zu ihr gehören, sichtbar bleiben, diese gewaltige Aufwärtsentwicklung von Jahrzehnten, die uns die Gewähr des Erfolges sein muß. Auf zu neuen Siegen!

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber:

„. . . auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken."

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau **energisch wahrgenommen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.**

Sozialpolitik für die Millionäre oder für die Arbeiter?

Der Leipziger Professor Dr. Kurt Wiedenfeld hat einmal die deutsche Kartellpolitik mit Sozialpolitik für Millionäre bezeichnet. Sicher ein treffendes Wort. In seiner Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus" kommt Professor M. J. Bonn zu ähnlichen Feststellungen. Auf Seite 47 ff. dieses Buches schreibt er:

„Der größte der modernen Kapitalisten, Cecil Rhodes, hat seine wirtschaftliche Lebensphilosophie als ‚Theorie des Lösegelds' bezeichnet. Er meinte damit, daß die Bereicherung der Kapitalisten nur möglich sei, wenn der einzelne Kapitalist, der viel verdienen wolle, dafür Sorge trage, daß alle seine Mitarbeiter, von den Angestellten bis zu den Arbeitern, von den Vertretern bis zu den letzten Abnehmern, im Verhältnis ihrer Bedeutung für das Unternehmen mitverdienten. Der autoritär gerichtete deutsche Kapitalismus, insbesondere die schwere Industrie, hat nie mitverdienen lassen wollen. Er hat, meist von technisch durchaus richtigen Organisationsideen besessen, die Ausscheidung aller technisch entbehrlichen Zwischenglieder zu erreichen gesucht und damit nicht nur die Reihe der Verdienenwollenden gelichtet, sondern auch die Zahl derer vermindert, die innerlich an seinem Fortbestand ein wohlwollendes Interesse nahmen . . . Das kapitalistische System kann sich entweder durch hohe Löhne, verhältnismäßig niedrige Preise der Lebensnotwendigkeiten und dauernde Beschäftigung rechtfertigen . . . Ein Kapitalismus, der nicht von den Mitkapitalisten gestützt wird und dessen Ergebnis hohe Preise sind, kann sich nur halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stillegungen und Entlassungen sind nur dann ohne soziale Störungen durchzusetzen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man die Löhne, die, an den Löhnen anderer Länder gemessen und mit der Vorkriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wieder zu gewinnen, ohne Preise abzubauen oder unrentable Kapitalien auszulöschen, so gefährdet man den Kapitalismus . . . Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die das Recht auf Gewinne anerkannt, setzt damit die Pflicht zu Verlusten voraus. Ein Kapitalismus, der nicht verlieren kann, ist lebensunfähig, weil überflüssig . . . Wenn der Kapitalismus auf die Dauer nichts verdient und den Uebergang zu Verdienstmöglichkeiten über Preisherabsetzungen und rücksichtslose Abschreibungen fürchtet, dann ist er nicht zu halten . . ."

Die Kennzeichnung des kapitalistischen Systems ist hier so trefflich gelungen, daß es keiner Worte der Ergänzung mehr bedarf. Nicht Sozialpolitik für die Millionäre, das heißt Hochhaltung der Preise und damit der Gewinne sind heute das wesentlichste, sondern Schutz und Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft, damit sie bei besseren Zeiten wieder desto ergiebiger eingesetzt werden kann.

Probleme der Lohnzahlung in England

Die Lohnfrage steht im Vordergrunde des gewerkschaftlichen Ringens. Glück und Wohlstand des einzelnen hängen von der Höhe des Reallohnes ab. Wie stände es wohl mit der Lage der Arbeiterklasse, wenn die Gewerkschaften keinen bestimmenden Einfluß auf die Lohngestaltung hätten? Doch auch auf die Formen der Lohnzahlung kommt es an. Die heutige Generation kann sich nur schlecht eine Vorstellung von der Mühe und der Drangsal machen, zu denen die Arbeiter vor vierzig Jahren verurteilt waren, als der Lohn viel geringer war und erst Sonnabend abends oder Sonntags oder gar nur vierzehntägig zur Auszahlung kam.

G. D. H. Cole, englischer Volkswirtschafter und Sozialist brachte 1918, kurz vor Kriegsende ein Buch heraus, worin die Formen der englischen Lohnzahlung erstmalig untersucht wurden. Wenn wir uns eingehender mit diesem, 1928 neuerlich herausgegebenen Buche beschäftigen, so deshalb, weil es Einblicke in die englischen Arbeitsmethoden erlaubt, die sonst nicht gut erhältlich sind. Auch die vorgetragenen theoretischen Grundsätze sind nicht ohne Bedeutung. So sagt Cole, „die neueste Entwicklung der Industrie zwingt zu neuen sowie wissenschaftlicheren Grundlagen der Formen der Lohnzahlung. „Er bezweifelt ob die (englischen) Gewerkschaften ihr volles Augenmerk auf die Bemühungen des Unternehmertums geworfen haben, die in ihren Lohnbüros längst einen Stab von „Lohnsachverständigen sitzen haben, die den Lohnanteil des einzelnen Arbeiters aufs genaueste (natürlich im Interesse des Unternehmers) kalkulieren. „Was ist da die Aufgabe der Gewerkschaften?" fragt Cole. Seine Antwort lautet. „Es gibt nur einen Ausweg, und der ist, auch den Gewerkschaften müssen Lohnsachverständige zur Seite stehen, die die Fähigkeit haben, den Beauftragten der Unternehmer auf die Finger zu sehen. Allerdings sind wir uns klar darüber, diese Arbeit kann nicht von einigen Gewerkschaftsangestellten bewältigt werden, die nur die Richtlinien feststellen können. In jedem Betrieb müssen Funktionäre sein, die als Lohnexperten fungieren können. Hier stoßen wir auf die wahren Aufgaben der Betriebsräte . . "

Was Cole vor allem im Auge hat, sind Akkord- und Stückpreise. Trotzdem klingen diese Ausführungen für deutsche Ohren etwas sonderbar, da wir seit dem Bestehen der Betriebsräte alles tun zur Vermittlung des notwendigen Wissens Dafür zeugen die Verbandsschulen, die von den Ortsausschüssen ins Leben gerufenen Arbeiterseminare und andere gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen. In dieser Richtung haben die deutschen Gewerkschaften Vorbildliches geschaffen. Hier können die Engländer noch manches von uns lernen.

Doch zum eigentlichen Thema! Das von Cole zusammengetragene Material über die verschiedenen Formen der Akkordarbeit wirft ein eigenartiges Licht auf die englischen Arbeitsverhältnisse. Sind auch seit Erstarkung der Gewerkschaften die übelsten Formen der Akkordarbeit beseitigt worden, so gibt es doch noch Einrichtungen in dieser Richtung, die das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen haben. So steht das „squad" oder Kolonnensystem im Schiffsbau in voller Blüte. Dann gibt es ein „fellowship" oder „brüderliches Akkordsystem", den „mutuality" oder Gegenseitigkeitsakkord, den Generalakkord und Prämienakkord. Der Subcontractor oder Stückmeister, von jeher ein häßliches Ausbeutungssystem, ist im Aussterben begriffen. Unter diesem übernimmt der Stückmeister die Arbeit vom Unternehmer, beschäftigt seine eigenen Arbeiter, die er entlohnt und auch entläßt. Er ist in Wahrheit der „Unternehmer". Und diese Einrichtung bestand nicht nur in der Hausindustrie, sondern auch in den Fabriken. Keir Hardie, der verstorbene Arbeiterführer von internationalem Ruf, verurteilte in einem 1904 erschienenen Artikel über „K'assenkampf" diese Ausbeutungsformen aufs schärfste. Er schrieb:

„Wenn der (Kohlen-)Häuer seine Hilfe ausbeutet, der Spinner seinen „Anstücker", der Nieter seinen „Anhalter" usw., dann ist das kein Klassenkampf, sondern ein Kampf der Arbeiter untereinander, und das Motiv dieser Ausbeutung ist Selbstsucht."

An Stelle des Sub-Contractors ist die moderne Akkordarbeit getreten. Fast alle Arbeiter werden jetzt vom Unternehmer entlohnt, die Lohnhöhe ist tariflich geregelt. Während nun in der Metall- und Schiffbauindustrie die gelernten Arbeiter im Akkord arbeiten, besteht für die ungelernten und angelernten Arbeiter der Zeitlohn. Die zwischen Gelernten und Ungelernten bestehende große Lohnspanne gibt immer wieder Anlaß zur Erbitterung. Noch vor etwa einem Jahre wies der Fabrikarbeiterverband auf das große Unrecht hin, daß die qualifizierten Arbeiter im Akkord mehr als 200 Mark verdienen, während die Zeitlohnarbeiter mit einem Wochenlohn von 50 Mark abgespeist werden. Aehnliche Proteste wurden auch im Bergarbeiterstreik von 1926 laut. Auch heute noch wird der „Anstücker", ob jung oder alt, vom Spinner eingestellt und entlohnt, die Festsetzung des Lohnes ist freilich tariflich geregelt, aber die Spinner befinden sich in der Rolle der Ausbeuter, was sich häufig im scharfen Gegensatz zwischen den Organisationen der Spinner und Piecer bemerkbar macht. Aehnlich verhält es sich mit dem Squad-System. Die „charge-hand" oder der Vorarbeiter ist der Mittelsmann zwischen Werksleitung und den ihm untergebenen Arbeitern, wenn auch der Lohn vom Werk zur Auszahlung kommt. Das Squad-System arbeitet so: Der Nieter ist die charge-hand, dem eine Anzahl ungelernte Arbeiter untergeben ist. Die „helpers" (Hilfe) der charge-hands stehen im Zeitlohn und sind in den Verbänden der Fabrikarbeiter organisiert, die charge-hand, die im Akkord arbeitet, ist im Verband der Kesselschmiede. Freilich kann die charge-hand heute laut Tarif den ganzen Akkordverdienst nicht mehr allein einheimsen. Nach dem Akkordtarif soll der Akkordverdienst wenigstens zum Teil verteilt werden, und zwar im Verhältnis von 1 M. für die charge-hand und 85 Pf. für die helpers. Cole schreibt hierzu ganz richtig:

„Die Stellung der Gewerkschaften zur Akkordarbeit ist nicht eindeutig. Dort, wo das Kolonnensystem vorherrscht und wo der Generalakkord notwendig ist, begünstigen die Organisationen eine Form der kollektiven Entlohnung, allerdings handelt es sich nicht um ein demokratisch gerichtetes Lohnzahlungssystem. Die Fachverbände bestehen auf einem Akkord, wehren sich aber dagegen, daß auch die Ungelernten Akkord bekommen. Die Lokalstatuten der Metallarbeiter enthalten die Bestimmung: „Wo die Möglichkeit besteht, soll der Akkord gemeinschaftlich ausgeführt und der Akkordüberschuß von der Betriebsleitung nach dem Plan verrechnet werden, daß jeder Arbeiter sein Teil auf Grund der gearbeiteten Stunden und des üblichen Lohnes erhält', jedoch bezieht sich auch diese Bestimmung nur auf die Facharbeiter, die ungelernten Arbeiter bleiben unberücksichtigt."

Der bedeutsamste Akkordtarif ist der 1907 von den Maschinenbauern vereinbarte, der besagt: „Die zu zahlenden Stückpreise werden zwischen dem Unternehmer und den in Betracht kommenden Arbeitern vereinbart." Hierzu äußert sich Cole:

„Das System auf Gegenseitigkeit wirkt sich in der Praxis ganz verschiedenartig aus. In der Regel läßt sich der Unternehmer vom Werkmeister vertreten, in größeren Betrieben gibt es „ratefixer" (Lohnfestsetzer) oder man unterhält in den Lohnbüros Akkordverrechnungsdepartements. Es kommt auch vor, daß der einzelne Arbeiter versucht, einen Akkordsatz zu vereinbaren, und in solchen Fällen wird er wahrscheinlich auf die Erfahrungen anderer Arbeiter zurückgreifen."

Das ganze Problem, das sowieso kein leichtes ist, wird, wie gesagt, nur zu häufig durch den Eigennutz der Arbeiter unter sich noch erschwert. In der Baumwollindustrie sind die Akkorde für die Frauen viel niedriger als für Männer, obwohl es sich um gleichgeartete Arbeit handelt. Diese Praxis ist um so fluchwürdiger, als doch häufig genug die Frauen an der Seite der Männer arbeiten. Eins steht fest: Dadurch, daß die Akkordarbeit in keiner Weise nach einheitlichen Grundsätzen geregelt ist, erzielen wohl bestimmte hochqualifizierte Arbeitergruppen sehr hohe Löhne, die Tariflöhne aber bleiben niedrig, was schädigend für die große Masse der Arbeiter ist. So sind beispielsweise die Tariflöhne in der Metallindustrie sehr niedrig, während bei der Akkordarbeit sehr hohe Löhne erzielt werden. Alle Lohnverhandlungen der letzten Jahre scheiterten an dieser Abnormität.

Ueber die Frage, ob Akkordarbeiter oder Zeitlohn, schreibt Cole in der Einleitung seines Buches:

„Als das Buch zuerst veröffentlicht wurde (1918), schien es, als würden sich die Kämpfe der nächsten Zukunft um die Frage drehen: Hie Zeitlohn, hie Akkordlohn; jetzt muß ich mich aber berichtigen. Die kommenden Kämpfe werden sich viel eher um die Formen der gesteigerten Produktion drehen, die erhöhte Anforderungen an die physische Kraft des Arbeiters stellen und einen Automaten aus ihm machen wollen, und um jene Form der Produktion, die nach erhöhter technischer Leistungsfähigkeit strebt, gleichzeitig aber bemüht ist, das Los des Arbeiters zu erleichtern und die Monotonie der Arbeit zu verringern. Es wird auf das amerikanische Beispiel verwiesen. Das Ford-System zeige, daß man auch durch eine rigorose Betriebsdisziplin mit der Zeitarbeit auskomme. Die moderne Betriebsorganisation und -technik werde schließlich das heute noch notwendige Akkordsystem überwinden."

Als Cole diese Worte niederschrieb stand die Rationalisierung in Deutschland bereits in voller Blüte. Nicht so in England, das noch am Anfang dieser Entwicklung steht. Ob die Rationalisierung auch zu den neuen Formen der Lohnzahlung zwingt, ist schwer zu sagen, liegt aber gewiß im Bereich des Möglichen. Die englischen Gewerkschaften verlangen zunächst bestimmenden Einfluß auf die Formen der Rationalisierung. Jedoch soll hierüber in einem anderen Artikel gesprochen werden.

B. Weingarz

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Die Kameradschaftsehe

„Kameradschaftsehe" ist ein Schlagwort, das ein soziales Programm kennzeichnet, mit dessen Hilfe neue Liebesformen oder neue Eheformen propagiert oder schon bereits veränderte Formen legalisiert werden sollen. Dieses Programm ist entstanden aus der sozialen Notwendigkeit heraus. Es wurde zuerst in Amerika von dem Richter B. Lindsey aufgestellt, heute ist es auch in Deutschland Diskussionsgrundlage für moderne Ehefragen. Wenn wir uns überlegen, daß in Deutschland die Eheschließung wegen der wirtschaftlichen Unsicherheit der Ehepartner erst im Alter von dreißig Jahren erfolgen kann, so fragen wir, was machen die jungen Leute vor der gesetzlichen Ehe. Betrachten wir zunächst das statistische Schaubild: Im Jahre 1927 waren von allen Verheirateten:

	Männer	Proz.	Frauen	Proz.
unter 20 Jahre alt	2 086	0,4	38 722	7,7
20 bis 25 Jahre alt	160 698	33,9	244 675	48,8
25 bis 30 Jahre alt	213 929	45,1	151 707	30,2
über 30 Jahre alt	97 832	20,6	66 509	13,3

Es ergibt sich demnach ein Durchschnittsalter für verheiratete Männer von 27,4 Jahren und für Frauen 25,3 Jahren. In Amerika ist das Verhältnis noch schlechter: es gibt dort 10 Millionen Männer im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, von diesen sind weniger als 4 Millionen verheiratet. In Amerika ist das Durchschnittsheiratsalter 34 Jahre. Auch bei uns wird sich der Durchschnitt in den letzten Jahren weiter nach oben verschoben haben.

Die Gründe für das späte Heiraten sind bekannt: der Lohn oder das Gehalt des Mannes reichen nicht aus, um Frau und Kind zu ernähren, die Frau muß meistens den Beruf aufgeben, wenn geheiratet wird. Aber auch wenn die Frau im Beruf bleibt, so können beide Ehepartner nicht den Lebensstandard aufrecht erhalten, den sie vorher innehatten.

Die gesellschaftliche Entwicklung ist nun schon eigene Wege gegangen und hat sich selbst geholfen. Denn Mann und Frau leben heute vor der Ehe schon zusammen und geben sich alles, wenn sie sich gern haben. Allen Vorschriften der Sittenaposteln zum Trotz hat sich diese Entwicklung durchgesetzt, und der uneheliche Geschlechtsverkehr, der ehedem als unsittlich verschrien war, hat sich heute als gesundes und natürliches Menschenrecht durchgesetzt.

Lindseys Vorschlag der „Kameradschaftsehe" nun bezweckt, die gesellschaftliche oder besser rechtliche Anerkennung einer wissenschaftlich begründeten Empfängnisverhütung, die es den Eheleuten und den Liebespaaren ermöglicht, die Fortpflanzung auf einen Punkt hinauszuschieben, in dem sie materiell darauf vorbereitet sind. Eine Rolle spielen dabei auch die vielen Abtreibungen und die vielen Opfer bei dieser Art von Fruchtbeseitigung. Man will der Abtreibung vorbeugen. Dabei bleibt die Forderung nach Beseitigung der Abtreibungsparagraphen voll bestehen. Das Programm über die Kameradschaftsehe enthält vier Punkte:

1. Eine gesetzlich gestattete Geburtenkontrolle, die mit Hilfe des Staates in wissenschaftlich durchgebildeter Form allen verheirateten und unverheirateten Frauen zugänglich gemacht wird.

2. Wenn zwischen den Eheleuten Zwistigkeiten entstehen, so daß sie die Ehe als unglücklich und unhaltbar empfinden und eine Scheidung wünschen, so soll ihnen diese bei gegenseitiger Einwilligung möglich sein, wenn keine Kinder da sind. Zu diesem Zwecke soll eine eigene Ehe schlichtungsstelle geschaffen werden, weil das Verfahren bei den ordentlichen Gerichten bisher versagt hat und sehr unglücklich gehandhabt wurde. Scheidungsbereite sollen die Schlichtungsstelle anrufen können, wie man sich z. B. bei Krankheit an einen Arzt wendet. Wenn eine Versöhnung nicht möglich ist, dann soll die Scheidung ausgesprochen werden, wenn die zwei Parteien es wollen. Wenn Kinder da sind, dann soll der Mann und die Frau zur Unterhaltungspflicht herangezogen werden. Besteht aber die Gefahr, daß beide nicht zur Unterhaltung in der Lage sind, dann soll der Staat aus besonderen Fonds die Erziehung der Kinder bis zum Alter von 16 Jahren übernehmen. Kinder sind ja im Grunde eine Angelegenheit der Gesellschaft, es erscheint deshalb berechtigt, daß die Erziehung, wenn die Eltern es wollen, dem Staate übertragen wird. Er hat die besten Mittel dazu. Diese Pflicht zu helfen, soll dem Staate aber auch auferlegt werden, wenn in ungeschiedenen Ehen Not herrscht. Die Mutterschaft soll geschützt werden, die Kinder ohne Rücksicht ob ehelich oder unehelich vor Not bewahrt werden.

3. Soll die Jugend in einem bestimmten Alter in Liebesdingen unterrichtet und zur Liebe erzogen werden. Das Geschlechtsleben, das Familien- und Liebesleben, das bisher in der muffigen Dunkelkammer vor den Kindern geheim gehalten wurde, soll offen und klar den jungen Leuten erklärt werden. Dadurch werden alle Auswüchse verschwinden, die wir heute bei der Jugend sehen.

4. Die Unterhaltungspflichten der Ehepartner sollen genau festgelegt werden nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Der Mann soll nicht mehr unbedingt verpflichtet sein, die Frau nach einer Ehescheidung zu ernähren, sondern nur dann, wenn es der Frau nicht möglich ist, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Die Ehe soll also aus der wirtschaftlichen Verstrickung herausgenommen werden, und die Liebe soll die tatsächliche Grundlage des Zusammenlebens der zwei Partner werden. Die volle Lösung dieses Problems wird ja erst allerdings eine sozialistische Gesellschaftsordnung bringen.

Aber werden schon heute diese einfachen Vorschläge anerkannt und durchgeführt, dann wäre schon ein guter Schritt vorwärts getan. Viele Schwierigkeiten, die mit der frühen Heirat verbunden waren, oder mit der Angst vor unerwünschter Schwangerschaft würden verschwinden. Abgesehen von der günstigen Wirkung auf die Bevölkerungsvermehrung, denn durch die Verbreitung der Verhütungsmittel würde die Zahl der Geburten zurückgehen und der Arbeitsmarkt würde in einigen Jahren entlastet werden. Es würde eine Art Planwirtschaft in der Bevölkerungsbewegung eintreten, die Vermehrung würde eingeschränkt werden, wenn der Lebensspielraum des Volkes zu klein ist, und man könnte die Gebärziffer erhöhen, wenn Ueberfluß an Unterhaltungsmitteln vorhanden ist.

Das Lindsey-Programm hat Aussicht, in einiger Zeit verwirklicht zu werden. Selbst die Kirchen, die bisher der Geburtenregelung vollständig ablehnend gegenüber standen, kommen zur Einsicht. Vorerst nur in England. Die vor kurzem stattgefundene Bischofskonferenz in London hat u. a. folgenden bedeutsamen Beschluß gefaßt: die Geburtenkontrolle wird grundsätzlich bejaht. Ferner werden die geschiedenen Eheleute wieder zur Kommunion zugelassen, das „heilige" Sakrament der Ehe ist also aufgehoben worden. Die Bischöfe verteidigten sich schon im voraus gegen die Kritik aus dem Lager der Orthodoxen; sie sagten, die Kirche dürfe nicht außerhalb des Lebens und der Zeit stehen und nicht an der Not der Volksmassen vorbeigehen. Luxus, Selbstsucht oder Gewohnheit seien kein Grund, die Kinderzahl zu beschränken, wohl aber soziale Not.

Fürwahr, das ist ein revolutionärer Beschluß. Nicht für uns, wir sind uns schon lange darüber klar, aber für eine Kirchengemeinde, für christliche Bischöfe bedeutet es eine Abkehr von bisher für unerschütterlich gehaltenen Gesetzen. Hoffen wir, daß andere Kirchen folgen werden.

Plitt.

He, Kosaken!

Die Kosaken, die in den Niederungen der Latorca wohnen, auf der ungarischen Seite der Waldkarpathen, haben der Abstammung nach nichts mit den russischen Kosaken zu tun. Eigentlich werden sie nur Kosaken genannt, weil sie so wild und unverträglich sind wie ihre Namensvettern jenseits der Grenze, und weil sie einige der typisch kosakischen Lebensgewohnheiten angenommen haben. Es sind kleine Gruppen, isoliert zwischen Ungarn und Slowaken, und sie wären längst in alle Winde verweht, wenn sie nicht so fest zusammenhielten. Der alte solidarische Geist der Horde beherrscht sie und macht sie nicht nur den Slowaken und Ungarn, mit denen sie sich unaufhörlich prügeln, gefährlich, sondern auch den Herren des Landes, den Gutsbesitzern, den adligen Faulenzern und ihren Verwaltern. Diese Kosaken, denen einst die Weide und der fischreiche Fluß und das Holz und Wild des Waldes gehörten, sind proletarisiert worden. Stück für Stück wurde ihnen entrissen, sie müssen als Grubenarbeiter, Holzfäller, Bahnarbeiter und Fuhrleute arbeiten, aber sie haben nicht vergessen, daß sie freie Männer waren. Sie wissen es sehr wohl, daß man sie nicht leicht entbehren kann, besonders bei harten und gefährlichen Arbeiten, und das macht sie stolz und selbstbewußt. Nicht selten drücken sie, da sie stets geschlossen auftreten, ihre eigenen Lohngesetze durch, die sie, wenn es sein muß, auch gegen ein Aufgebot von Gendarmen vertreten. Trotzdem sitzt der Haß gegen die Ausbeuter tief in ihrer Brust, und ihr Losungswort bleibt der alte Kriegsruf: „Tod den Herren!"

Ein Oberkosak hält die Horde zusammen. Er hat die Autorität eines alten Stammeshäuptlings, und er hat sie kraft seines Mutes, seiner Angriffslust, seiner körperlichen Stärke. Er ist ihr Anführer in jedem Handgemenge und auch bei der Arbeit. Am Wochenanfang verlassen sie unter seiner Leitung das Dorf, um irgendwo zu arbeiten, und Sonnabends kehren sie hinter ihm zurück, und ihre Rückkehr gleicht mehr einem Einzug siegreich heimkehrender Horden als einer Heimkunft müder Arbeiter. In den Pausen sitzen sie beim Oberkosaken, rauchen und trinken und erhitzen ihren alten Groll gegen die Herren. Bei diesen Gelegenheiten wird der gemeinsam verdiente Lohn vom Oberkosaken ausgeteilt, der stets den doppelten Anteil erhält. Das war von jeher so, und sie denken nicht daran, das zu ändern. Er ist ihr Häuptling, und wenn er seinen Kampfruf „He, Kosaken!" ausstößt, dann gibt es „Arbeit", dann heißt es, die Deichsel vom Wagen los und drauf — „Nieder mit den Slowakenhunden, Tod den Herren!"

Aber die Zeiten werden immer schwerer für die Kosaken. Sie haben sich für Rakoczi geschlagen, für Kossuth, für Franz Joseph — aber wo blieb der Dank des Vaterlandes? Aus allen Dörfern fliehen die Ausgebeuteten nach Amerika, aber die Kosaken bleiben. Sie fühlen sich im Recht, und dieses Recht wollen sie verteidigen. Doch die Zeit schiebt sie erbarmungslos beiseite. Bald werden die Kosaken mit ihrer Stammeszucht, mit ihrem Aberglauben, ihrem Wundpflaster aus Spinnweben, Pferdedung und Lehm, mit ihrer barbarischen Grandezza und der Rücksichtslosigkeit gegen ihre rechtlosen Frauen verschwunden sein. Sie wehren sich dagegen mit aller Kraft. Als der Verwalter die Kosaken aus den letzten Resten ihrer alten Rechte verdrängen will, da zünden sie ihm Tenne und Heuschober an. Einer wird dabei vom Verwalter erschossen, und der Oberkosak soll verhaftet werden. Er ruft mit seinem „He, Kosaken!" nach Hilfe, aber in dieser entscheidenden Stunde läßt ihn die Horde im Stich. Er wird überwältigt und ins Gefängnis geworfen. Alles wird am Ende nicht so schlimm, wie es aussah. Der Verwalter gibt nach, von den Ereignissen bestürmt und von einer Tragödie in seiner Familie erschüttert, aber auch die Kraft der Kosaken ist gebrochen. Sie „dürfen" wieder für den Herrn arbeiten, nehmen sogar an seinem Erntefest teil, und als sie nach dem Fest wieder die alten werden wollen, da gelingt es ihnen nicht recht. Ihr „Tod den Herren!" wirkt wie eine Selbstverspottung. Sie waren ein einziges Mal nicht einig, das ist ihr Ende.

Der Dichter Komáromi hat dieser Geschichte die Verklärung einer Kindheitserinnerung gegeben. Mit den staunenden Augen eines Kindes hat er dieses letzte Kapitel eines Kosakendaseins mitangesehen. Der Oberkosak war sein Großvater, und mit allen fühlte er sich verwandt. Wie ein wildes Naturereignis, schön und schrecklich, läßt er den alten Oberkosaken mit seiner Horde über die wechselvolle Landschaft stampfen. Und wechselvoll wie diese bald überirdisch glänzende, bald von Schneestürmen und Wölfen durchheulte Landschaft ist auch das Geschehen dieses Romans, der für alle Gefühle von der ersten hoffnungslosen Liebe eines Kindes bis zum Gewitter eines elementaren Hasses Platz hat.

In einem Anhang **„Haus an der Landstraße"** ergänzt der Dichter seine Kindheitserinnerungen, vertieft er die Milieuschilderungen, und die lauten Geschehnisse des Romans klingen aus in eine bezaubernde Harmonie von schmerzlicher Sehnsucht, schwärmerischer Traurigkeit und feinem Humor. Die meisterhafte Kunst der Erzählung Johann Komáromis blieb bei der von Alexander Sacher-Masoch feinsinnig und mit begeisterter Scheu vor ihren Schönheiten besorgten Uebertragung erhalten. Das wertvolle Werk erschien als vornehm ausgestatteter Dreimarkband bei der Büchergilde Gutenberg, Berlin, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen Dichter wie Komáromi in den deutschen Sprachgebieten bekanntzumachen.

Allerhand alte Sitten und Zeremoniells

Nach einer uralten chinesischen Sitte mußte der chinesische Kaiser alljährlich an einem bestimmten Tage ein Stück Feld umpflügen, um durch diese symbolische Handlung den Bauernstand zu ehren.

*

Vor Fürstlichkeiten beugte man im Mittelalter ein Knie, in der Kirche dagegen mußte auf beiden Knien gekniet werden.

*

Nach dem alten französischen Hofzeremoniell mußte die Königin nach dem Tode des Königs sechs Wochen lang im Bett bleiben und durfte während dieser Zeit das Sonnenlicht nicht sehen. — Die Trauerfarbe der französischen Könige war purpurrot, die der Königinnen grau, schwarz beziehungsweise weiß.

*

Noch im 17. Jahrhundert empfingen die Damen an den Höfen in ihrem Schlafzimmer, und zwar auf dem Bette liegend.

*

Bevor das Taschentuch eingeführt wurde, das heißt noch in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, schneuzte man sich mit der Hand. Es gehörte aber zum guten Ton, es mit der Linken zu tun, da man ja bei Tisch mit der rechten das Fleisch aß.

*

Zu Lebzeiten der „Liselotte von der Pfalz" empfingen Prinzen Abordnungen und Hofleute einschließlich der Damen häufig auf ihren Nachtstühlen sitzend.

*

Bis zum Jahre 1716 war jeder französische Bürger gezwungen, ein Jahr lang in schwarzer Kleidung um den Tod seines Landesherren zu trauern.

*

In der deutschen Hocharistokratie war es bis fast zur Mitte des 19. Jahrhunderts Brauch, die Leibwäsche in Paris . . . waschen zu lassen.

*

Den Vornehmen Roms galt es im Altertum als unwürdig, die Nägel an Händen und Füßen selber zu schneiden; sie hatten dafür besondere Sklaven.

C. R.

„Angenehme Mitmenschen"

Es gibt doch wirklich zu nette Menschen.

Da ist zum Beispiel der gute Freund, der niemals eine Zigarette bei sich hat. Kaum sieht er dich, so stürzt er sich auch schon auf dich mit der stereotypen Frage: „Kann ich Sie nicht um eine Zigarette berauben? . . .", und ehe du irgend etwas gemurmelt hast, es braucht durchaus keine Bejahung zu sein, hat er schon seine Finger in deiner Zigarettenbox. Du gibst ihm sogar noch Feuer, denn das hat er natürlich auch nicht. Wenn du nicht sehr gewitzigt bist und es verstehst, dich schnell von dieser Zigarettenhyäne loszureißen, wird er sich ohne viel Federlesens so im Verlaufe des Gespräches erlauben, dich nochmals zu berauben, und dann nochmal, und zum letzten Male, und dann zum allerletzten Male, na, und so weiter, bis eben nichts mehr in deinem Etui drin ist. Denn das alte schöne Rauchergesetz, die letzte Zigarette niemandem wegzurauchen, hat für diesen lieben Mitmenschen keine Gültigkeit.

Seine Tricks sind immer dieselben: stets ist er ein armes und bedauernswertes Opfer irgendwelcher widriger Umstände. Entweder wurde gerade der Laden geschlossen, als er sich eine Schachtel kaufen wollte, oder er hat die wohlgefüllte Box zu Hause oder im Büro auf dem Schreibtisch liegen gelassen, oder der Oberkellner resp. Zigarettenboy ist blind und taub und reagiert in keiner Weise auf Winke oder bereits mehrfach erteilte Bestellungen, oder er interessiert sich ganz besonders für die Marke, die du gerade rauchst, und die er noch nicht kennt.

Es hilft dir alles nichts, ob du liebenswürdig bist oder zugeknöpft bis zum Kinn, das sieht ihn alles nicht an. Seinen Zweck erreicht er auf jeden Fall. Die einzige Rettung ist, furchtbar aufzupassen und sich, wenn er irgendwo am Horizont sichtbar wird, in Trab zu setzen und ihn ohne „Guten Tag" und sonstige ganz und gar überflüssige Höflichkeiten zu fragen: „Lieber Freund, Sie haben doch gewiß eine Zigarette für mich übrig . . .?" Worauf er nervös an seinen sämtlichen Taschen herumfingert, um dann im Tone tiefsten Mitleids zu antworten: „Zu dumm, gerade heute habe ich zufällig keine bei mir."

Ist er einmal zu einer Gesellschaft geladen, wo ein reichbesetzter Rauchtisch den Gästen zur Verfügung steht, so glaubt man gar nicht, wieviel ein einziger Zigarettenfledderer wegschleppen kann und vor allem, in was für ausgefallenen Taschen und Fältchen. Dabei qualmt der Mann nicht etwa aus Armut die Zigaretten anderer Leute, sondern einfach aus schlechter, liebgewordener Gewohnheit.

Und da muß man eben erzieherisch eingreifen. Man ist ihn unbedingt für immer los, wenn man ihm einmal mit den Worten entgegentritt: „Hier haben Sie eine Zigarette, hier haben Sie auch noch ein Streichholz, ein Aschenbecher steht vor Ihnen. So, das dürfte genügen, denn den Schnabel zum Rauchen haben Sie ja gottlob bei sich und das Ein- und Ausatmen ist eine Körperfunktion, die Sie ja sowieso ausüben müssen."

Aber, wie gesagt, das nimmt er übel.

C. R.

Was ist eigentlich die Kinderlähmung?

Von Prof. Dr. E. Seligmann, Direktor im Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin.

In Berlin sind kürzlich zwei Fälle von Kinderlähmung gemeldet worden. Die Oeffentlichkeit, gespiegelt in den Aeußerungen der Tagespresse, hat auf diese Nachricht mit erheblicher Beunruhigung geantwortet. Hatte man doch von der epidemischen Ausbreitung der tückischen Krankheit im Elsaß gehört, von ihrem Uebergreifen auf das Saarland, auf Teile der Pfalz und Badens. Erinnerte man sich doch der heftigen Epidemie, die vor drei Jahren besonders in Sachsen loderte und Hunderte von zumeist jugendlichen Personen befiel.

Die Besorgnis ist verständlich, vor der Hand aber nicht berechtigt. Einzelne Erkrankungsfälle kommen Jahr für Jahr in Berlin vor. Sie mehren sich erfahrungsgemäß immer im Spätsommer und Herbst; vor irgendwie beachtlicher Ausbreitung sind wird jedoch bisher stets verschont geblieben. Selbst in dem unheimlichen Jahr 1927, als in Deutschland mehr als 2700 Krankheitsfälle gemeldet wurden, wies die Millionenstadt nur 102 Erkrankungen auf; 1928 waren es 61 und 1929 72 Fälle, von denen 47 sich auf die Monate August bis Oktober zusammendrängen. Das laufende Jahr ließ sich sogar noch günstiger an: bis heute sind erst 16 Erkrankungen in der Hauptstadt bekannt geworden, also kaum mehr als allein im August des vergangenen Jahres. Damals war aber kein Mensch besonders beunruhigt.

Gleichwohl ist volle Aufmerksamkeit am Platze; wetterleuchtet es doch in mehr oder minder großer Ferne. Im Elsaß sollen bereits mehrere hundert Personen erkrankt sein, in Lothringen, aus den Niederungen der Maas, vom Oberrhein werden vereinzelte Erkrankungen gemeldet und als Funken des französischen Brandherdes gedeutet. Holland schließt sich an, Südfinnland soll stärkere Ausbreitung aufweisen, Schweden, so oft schon Niststätte hartnäckiger Epidemien, meldet Neuerkrankungen, Rumänien seufzt noch immer unter den Ausläufern einer schweren Epidemie der letzten Jahre.

Man kennt diese ernste Krankheit, die sich mit Vorliebe kleine Kinder aussucht, noch nicht allzu lange. Erst vor neunzig Jahren erkannte ein Arzt in Cannstatt, Jacob von Heine, daß hier eine besondere Krankheit vorliegt, von allen anderen verschieden. Noch viel jünger ist die Erkenntnis, daß es sich um eine übertragbare, eine Infektionskrankheit handelt, deren Erreger vom Kranken zu den Gesunden wandert. Was aber das für ein Erreger ist, wie er eindringt und welche Wege er bevorzugt, bis er sich im zentralen Nervensystem krankmachend niederläßt, das ist auch heute noch ziemlich in Dunkel gehüllt. Wir wissen nur, daß man beim Affen diese Menschenkrankheit künstlich erzeugen kann; durch Affenversuche haben wir gelernt, daß der Krankheitserreger sich im Nasen- und Rachensekret, gelegentlich auch im Stuhl findet, daß er kleiner ist als die kleinsten bekannten Bakterienarten und daß er durch engporige Filterkerzen sich schlängelt. Wir wissen weiter, daß er größere Verbreitung hat als die Krankheit selbst, daß er sogar bei Gesunden gefunden wird und von diesen über weite Landstrecken befördert werden kann, ohne an Gefährlichkeit einzubüßen.

Zum Glück ist die Empfänglichkeit der meisten Menschen für diese Krankheit nicht sehr groß; wahrscheinlich werden Dutzende angesteckt, ehe ein Empfänglicher ernstlich erkrankt. Wir haben eine „Auslesekrankheit" vor uns, die aus dem großen Menschenheere die wenigen Empfänglichen herausfindet. Daher die scheinbar vereinzelten „sporadischen" Fälle in normalen Zeiten, daher das „Springen" der Epidemie über freibleibende Landesteile hinweg. Daher aber auch die Schwierigkeit zielbewußter Abwehr; denn nur selten erfolgt die Erkrankung durch direkte Ansteckung von einem anderen Kranken, viel häufiger steller gesunde Keimträger die ansteckenden Zwischenglieder dar. Unbelebte Gegenstände und Nahrungsmittel treten als Krankheitsübermittler ganz in den Hintergrund.

Die Krankheit beginnt mit Katarrhen der Luftwege, etwa eine Woche nach der vermutlichen Ansteckung. Fieber setzt ein, Magen- und Darmstörungen, Schläfrigkeit und Neigung zu Schweißen sind nicht selten. Dann folgt, oft ganz plötzlich, die Muskellähmung. Einzelne Gliedmaßen liegen schlaff da, können nicht mehr bewegt werden. Sind die Lähmungen sehr ausgedehnt, so können sie zum Tode führen. Bei anderen kehrt die Gebrauchsfähigkeit der Glieder allmählich wieder, selbst noch nach Jahresfrist.